



POLIZEI
BERLIN



Lagedarstellung
Politisch motivierte Kriminalität
in Berlin
2014

Herausgeber:

Der Polizeipräsident in Berlin

Landeskriminalamt

Platz der Luftbrücke 6

12101 Berlin

Tel.: 030/4664-0

030/4664-904090

Fax: 030/4664-82 29 51 10

E-Mail: pressdienst@polizei.berlin.de

Internet: www.polizei.berlin.de

Entwicklung der Fallzahlen im Überblick

Gesamtaufkommen	2013	2014	Veränderung
Politisch motivierte Kriminalität	3133	3814	↗
PMK – rechts	1385	1536	↗
PMK – links	1040	1350	↑
PM-Ausländerkriminalität	196	319	↑
Sonstige/Nicht zuzuordnen	512	609	↗

Gewaltdelikte	2013	2014	Veränderung
Politisch motivierte Kriminalität	461	777	↑
PMK – rechts	89	111	↗
PMK – links	288	480	↑
PM-Ausländerkriminalität	42	79	↑
Sonstige/Nicht zuzuordnen	42	107	↑

1	Vorbemerkungen	7
2	Fallzahlenentwicklung der Politisch motivierten Kriminalität	
2.1	Politisch motivierte Kriminalität – Gesamtübersicht	11
2.2	Politisch motivierte Gewaltdelikte	12
2.3	Fallaufkommen PMK im Unterthema „sexuelle Orientierung“	13
2.4	Differenz zwischen den Fallzahlen der PMK und den Vorfällen in der „Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin 2012“ der Opferschutzorganisation „ReachOut“	16
3	Politisch motivierte Kriminalität – rechts	
3.1	Besondere Entwicklungen	
3.1.1	Asyl- und Flüchtlingsthematik	18
3.1.2	Fremdenfeindlichkeit und Rassismus	20
3.1.3	Konfrontation mit dem politischen Gegner	21
3.2	Parteien, Organisationen, Vereine und Gruppierungen	
3.2.1	PEGIDA/BÄRGIDA	22
3.2.2	Reichsbürgerbewegung	23
3.2.3	„Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa)	24
3.3	Ausgewählte Sachverhalte	24
3.4	Prognose	25
4	Politisch motivierte Kriminalität – links	
4.1	Besondere Entwicklungen	
4.1.1	Asylthematik und Flüchtlingspolitik	27
4.1.2	Repression	32
4.1.3	Politisch motivierte Brandanschläge auf Kfz	34
4.1.4	Gentrifizierung	35
4.2	Parteien, Organisationen, Vereine und Gruppierungen	
4.2.1	„radikale Linke/Berlin“	36

4.2.2	Zusammenschluss der „Antifaschistischen Revolutionären Aktion Berlin“ (ARAB) mit der „Neuen antikapitalistischen Organisation (NaO)	37
4.2.3	Auflösung der „Antifaschistischen Linken Berlin“ (ALB)	38
4.2.4	„Gruppo Informale“	39
4.3	Ausgewählte Sachverhalte	39
4.4	Prognose	41

5 Politisch motivierte Ausländerkriminalität

5.1	Politisch motivierte Ausländerkriminalität ohne Bezüge zum Islamismus	
5.1.1	Besondere Entwicklungen	43
5.1.2	Ausgewählte Sachverhalte	50
5.1.3	Prognose	51
5.2	Islamistischer Extremismus/Terrorismus	
5.2.1	Besondere Entwicklungen	52
5.2.2	Ausgewählte Sachverhalte	53
5.2.3	Prognose	57

6 Sonstige/Nicht zuzuordnen

6.1	Besondere Entwicklungen	
6.1.1	Asylthematik und Flüchtlingspolitik	58
6.1.2	„Islamischer Staat“ (IS)	59
6.1.3	Russland-Ukraine-Konflikt	59
6.1.4	Tierschutz/Tierrecht/Jagd	60
6.2	Ausgewählte Sachverhalte	61
6.3	Prognose	61

7	Anhang	
7.1	Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität	63
7.2	Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität – rechts	65
7.3	Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität – links	73
7.4	Fallzahlen Politisch motivierte Ausländerkriminalität	81
7.5	Fallzahlen Sonstige/Nicht zuzuordnen	89

1 Vorbemerkungen

Im vorliegenden Lagebild werden die Entwicklungen in den drei Phänomenbereichen Politisch motivierte Kriminalität - rechts (PMK - rechts), Politisch motivierte Kriminalität - links (PMK - links) sowie Politisch motivierte Ausländerkriminalität (PMAK) betrachtet.

- Dem Phänomenbereich PMK - rechts werden Fälle zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung einer rechten Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlich demokratischen Grundordnung zum Ziel haben muss. Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zum völkischen Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.
- Dem Phänomenbereich PMK - links werden Fälle zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung einer linken Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlich demokratischen Grundordnung zum Ziel haben muss. Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zu Anarchismus oder Kommunismus (einschließlich Marxismus) ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.
- Politisch motivierter Ausländerkriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Erkenntnisse über den Täter Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die durch eine nichtdeutsche Herkunft geprägte Einstellung des Täters entscheidend für die Tatbegehung war,

insbesondere wenn sie darauf gerichtet sind, Verhältnisse und Entwicklungen im In- und Ausland oder aus dem Ausland Verhältnisse und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland zu beeinflussen. Derartige Straftaten können auch durch Deutsche begangen werden.

Im Bereich „Sonstige/Nicht zuzuordnen“ sind die Fälle der PMK enthalten, die keinem der drei vorgenannten Phänomenbereiche zugeordnet werden konnten.

Die Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität beinhalten die Fälle, die im Rahmen des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) meldepflichtig sind. Dabei handelt es sich entgegen der „Polizeilichen Kriminalstatistik“ (PKS) um eine Eingangsstatistik. Die Fallzählung erfolgt tatezeitbezogen, unabhängig davon, wann das Ermittlungsverfahren abgeschlossen wurde.

Ein Fall kann mehrere Straftaten beinhalten, die aufgrund des engen motivationalen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhangs als ein „Lebenssachverhalt“ gezählt werden (z.B. ein Landfriedensbruch, begangen durch mehrere Täter auf einem Platz und benachbarten Nebenstraßen - mehrere Anzeigen, Zusammenfassung zu einem Fall).

Herausragende Fälle wurden unter der Überschrift „Herausragende Ereignisse“ als eigener Punkt im jeweiligen Phänomenbereich dargestellt. Außerdem wurden zur Vermittlung eines Eindrucks hinsichtlich der zur Rede stehenden Straftaten jeweils einzelne – nicht für sich herausragende – Falldarstellungen in die allgemeine Lagebeschreibung eingeflochten.

Um die Fallzahlen übersichtlich und in Teilbereichen vergleichbar darzustellen, erfolgt die Unterteilung in die Deliktsarten Terrorismus, Politisch motivierte Gewaltkriminalität, Propagandadelikte und sonstige Delikte.

- Terrorismus ist über die Strafbarkeit der Bildung einer terroristischen Vereinigung (§§ 129a, 129b StGB) gesetzlich bestimmt. Als Terrorismus werden darüber hinaus schwerwiegende Politisch motivierte Gewaltdelikte (Katalogtaten des § 129a StGB) sowie Verstöße gegen die §§ 89a, 89b und 91 StGB¹ erfasst.
- Bei der Gewaltkriminalität handelt es sich um Politisch motivierte Kriminalität, die eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Sie umfasst Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung sowie Widerstands- und Sexualdelikte.
- Propagandadelikte sind Verstöße gegen den § 86 StGB (Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen) und gegen den § 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen).
- Als sonstige Delikte werden alle Fälle dargestellt, die nicht Terrorismus, Gewalt- oder Propagandadelikte sind.

Darüber hinaus werden bestimmte Tatbestände erfasst, weil sie Staatsschutzdelikte² sind, selbst wenn im Einzelfall eine politische Motivation nicht festgestellt werden kann. Diese Fälle werden als Deliktsqualität „Staatsschutzkriminalität ohne explizite politische Motivation“ im Bereich „Sonstige/Nicht zuzuordnen“ klassifiziert.

¹ § 89a StGB: Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

§ 89b StGB: Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

§ 91 StGB: Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

² §§ 80 - 83, 84 - 86a, 87 - 91, 94 - 100a, 102 - 104a, 105 - 108e, 109 - 109h, 129a, 129b, 234a oder 241a StGB

Um das Motiv eines Falles auswertbar darzustellen, werden diesem bundeseinheitlich verbindliche Themenfelder bzw. Unterthemen zugeordnet. So ist z. B. fremdenfeindlich ein Unterthema des Themenfeldes „Hasskriminalität“.

Um das Motiv detailliert darzustellen, können einem Fall mehrere Themenfelder bzw. Unterthemen zugeordnet werden. So kann ein Fall bspw. sowohl fremdenfeindlich als auch antisemitisch sein. Aus diesem Grund wird ein Fall bei der Auswertung der Themenfelder bzw. Unterthemen so oft gezählt, wie ihm Themenfelder bzw. Unterthemen zugeordnet wurden. Insofern führt die Summierung der Fallzahlen in den einzelnen Unterthemen grundsätzlich nicht zum tatsächlichen Fallzahlenaufkommen.

Die Zählung der Tatverdächtigen erfolgt fallbezogen. Wurde ein Täter im selben Jahr zu mehreren Fällen bekannt, wird er mehrfach gezählt.

Opfer sind natürliche Personen, die durch eine strafbare Handlung körperlich geschädigt wurden oder geschädigt werden sollten. Polizeibeamte werden als Opfer im Rahmen des KPMD-PMK in Berlin grundsätzlich nicht erfasst, um unvollständige und missverständliche Auskünfte zu vermeiden. Denn politisch motivierte Gewaltdelikte gegen Polizeibeamte ereignen sich häufig bei Auseinandersetzungen im Rahmen von Demonstrationen. Die Anzahl der verletzten Polizeibeamten ist dabei nicht immer bekannt und auch im Nachhinein nicht zuverlässig zu ermitteln, so dass über die genaue Anzahl verletzter Polizeibeamter keine belastbaren Auskünfte gegeben werden können.

Die Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität unterliegen bis zum Abschluss - ggf. bis zum endgültigen Gerichtsurteil - einer Bewertung gemäß der angenommenen Tätermotivation. Darüber hinaus können Fälle der PMK erst nach dem Statistikschluss bekannt und entsprechend gezählt werden. Deshalb kommt es sowohl unter- als auch überjährig immer wieder zu Fallzahlenänderungen.

2 Fallzahlenentwicklung der Politisch motivierten Kriminalität

2.1 Politisch motivierte Kriminalität – Gesamtübersicht

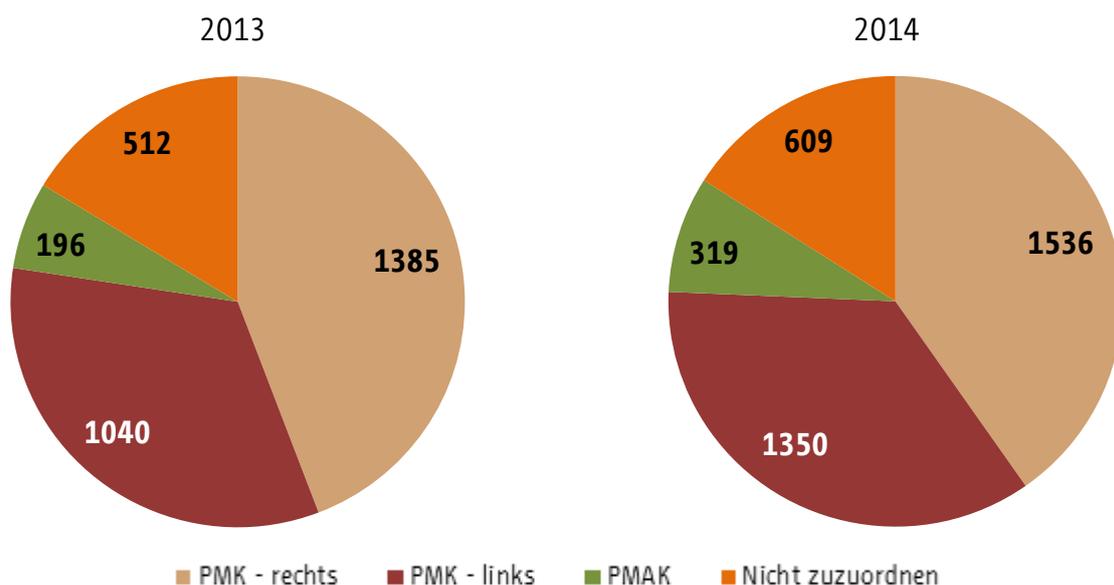
Im Jahr 2014 wurden im Rahmen des KPMD-PMK 3814 Fälle gemeldet. Damit ist ein Anstieg des Fallaufkommens im Vergleich zum Jahr 2013 (3133 Fälle) um 681 Fälle (22 %) zu verzeichnen. In 777 Fällen handelt es sich um Gewaltdelikte.

Im Einzelnen ist für das Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr folgende Entwicklung in den Phänomenbereichen zu verzeichnen:

	2013	2014	Trend
PMK - rechts	1385	1536	11%
PMK - links	1040	1350	30%
PM-Ausländerkriminalität	196	319	63%
Sonstige/Nicht zuzuordnen	512	609	19%
PMK gesamt	3133	3814	22%

Fallaufkommen PMK in den Phänomenbereichen im direkten Jahresvergleich

Anteil des Gesamtaufkommens PMK in den Phänomenbereichen

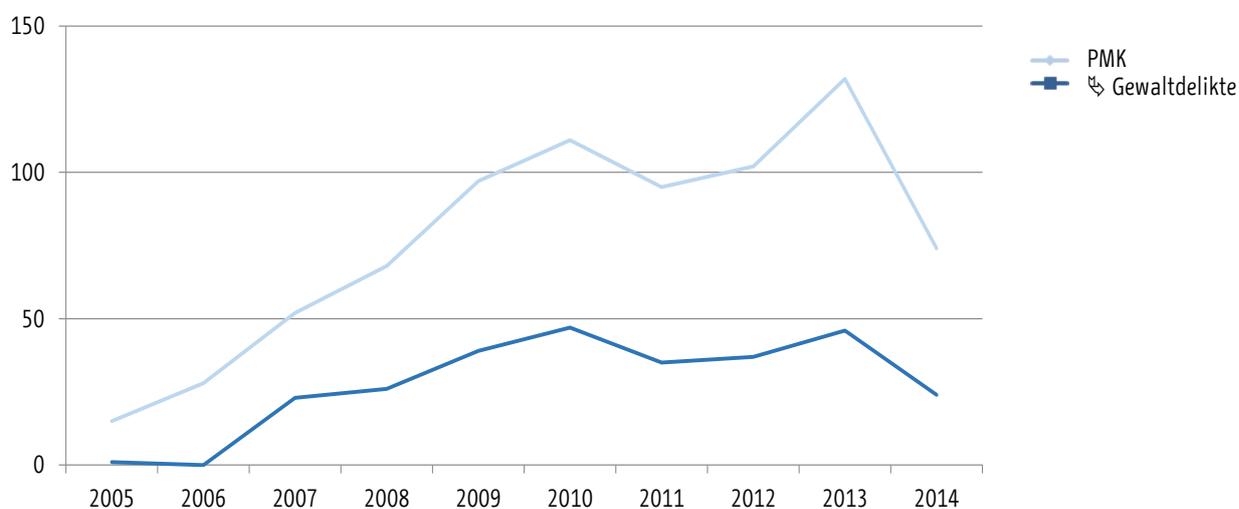


2.3 Fallaufkommen PMK im Unterthema „sexuelle Orientierung“

Im Berichtsjahr sank das Fallaufkommen der Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung phänomenbereichsübergreifend um 58 Fälle. Konkrete Ursachen dafür liegen nicht vor. Im Jahr 2014 waren 24 Gewaltdelikte zu verzeichnen.

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
PMK	15	28	52	68	97	111	95	102	132	74
☞ geklärt	3	9	24	27	41	45	36	41	62	39
Aufklärungsquote	20%	32%	46%	40%	42%	41%	38%	40%	47%	53%
☞ Gewaltdelikte	1	0	23	26	39	47	35	37	46	24
☞ geklärt	0	0	0	8	10	15	15	10	15	11
Aufklärungsquote	-/-	-/-	-/-	31%	26%	32%	43%	27%	33%	46%

Fallaufkommen PMK im Unterthema "sexuelle Orientierung" mit Aufklärungsquote im Langzeitvergleich



Die Höhe der Fallzahlen im Unterthema „sexuelle Orientierung“ hängt von verschiedenen Faktoren ab. Neben dem tatsächlichen Fallaufkommen spielen vor allem die Anzeigenbereitschaft der Opfer bzw. Geschädigten sowie möglicher Zeugen eine wichtige Rolle.

Fallaufkommen in den Bezirken im Unterthema „sexuelle Orientierung“

	PMK		🚓 Gewaltdelikte	
	2013	2014	2013	2014
Charlottenburg-Wilmersdorf	8	8	3	2
Friedrichshain-Kreuzberg	23	5	12	2
Lichtenberg	4	1	2	0
Marzahn-Hellersdorf	5	4	0	1
Mitte	37	17	12	7
Neukölln	8	8	5	4
Pankow	8	5	1	2
Reinickendorf	4	3	1	0
Spandau	0	2	0	1
Steglitz-Zehlendorf	1	0	0	0
Tempelhof-Schöneberg	29	20	9	5
Treptow-Köpenick	5	1	1	0
Berlin gesamt	132	74	46	24

Fallzahlen PMK im Unterthema "sexuelle Orientierung" in den Bezirken im direkten Jahresvergleich

Tatverdächtige zum Fallaufkommen im Unterthema „sexuelle Orientierung“

	2013	2014
PMK	68	44
↪ männlich	64	38
↪ weiblich	4	6
↪ Gewaltdelikte	15	14
↪ männlich	15	14
↪ weiblich	0	0

**Tatverdächtige zum Fallaufkommen PMK im Unterthema
„sexuelle Orientierung“ nach Geschlecht im direkten
Jahresvergleich**

Opfer von Gewaltdelikten im Unterthema „sexuelle Orientierung“

	2013	2014
männlich	53	29
weiblich	6	1
Gesamt	59	30

**Opfer von Gewaltdelikten der PMK im Unterthema
"sexuelle Orientierung" nach Geschlecht im direkten
Jahresvergleich**

2.4 Differenz zwischen den Fallzahlen der PMK und den Vorfällen in der „Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin 2014“ der Opferschutzorganisation „ReachOut“

Um einen seriösen Vergleich vornehmen zu können, werden im Folgenden die in der „Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin 2014“, Stand 5. März 2014, der NGO „ReachOut“ aufgeführten Vorfälle - nachfolgend Chronik-Vorfälle genannt - mit den entsprechenden Fällen der PMK insgesamt für das Jahr 2014 ins Verhältnis gesetzt.

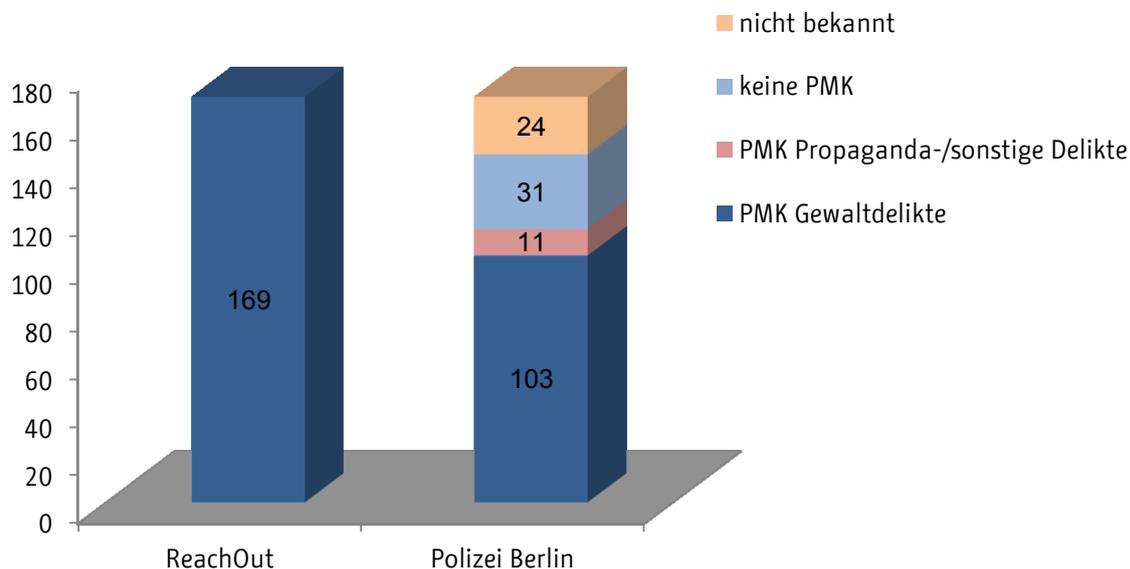
Den 169 „Gewalttaten“ der „Chronik“ stehen - zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung - 111 polizeilich erfasste Gewaltdelikte der PMK – rechts gegenüber. In den Chronik-Vorfällen sind jedoch u. a. auch Taten der Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung enthalten, die im Rahmen des KPMD-PMK überwiegend dem Bereich „Sonstige/Nicht zuzuordnen“ zugerechnet werden.

145 der 169 Vorfälle sind bei der Polizei Berlin bekannt, diese verteilen sich wie folgt:

- 114 Taten politisch motiviert
- 31 Taten Allgemeinkriminalität

24 Chronik-Vorfälle konnten in den Informationssystemen der Polizei nicht nachvollzogen werden.

Betrachtung der Chronik-Vorfälle aus Sicht der Polizei Berlin



Die 114 durch die Polizei Berlin als politisch motiviert klassifizierten Chronik-Vorfälle gliedern sich in folgende Phänomenbereiche und Deliktsarten:

	Gewaltdelikte	Propagandadelikte	sonstige Delikte	Gesamt
PMK - rechts	74	1	9	84
PMAK	13	0	0	13
Sonstige	16	1	0	17
Gesamt	103	2	9	114

Verteilung der als PMK eingestuft "Chronik-Vorfälle" auf die Phänomenbereiche und Deliktsarten

3. Politisch motivierte Kriminalität – rechts

3.1 Besondere Entwicklungen

3.1.1 Asyl- und Flüchtlingsthematik

Im Zusammenhang mit der fortgesetzten Zuweisung von Flüchtenden und Asylbegehrenden nach Berlin und der damit verbundenen Planung sogenannter „Containerdörfer“ ist der Stellenwert des Themas „Zuwanderung und Asylpolitik“ innerhalb der rechten Szene gleichbleibend hoch.

Vor allem im sozialen Netzwerk „Facebook“ wurde dies auf verschiedenen Seiten kritisch, emotional und zum Teil strafrechtlich relevant thematisiert. In der Folge wurden vermehrt Versammlungen im unmittelbaren Umfeld der zukünftigen Unterkünfte durchgeführt, die auch von Personen der rechten Szene als Plattform genutzt wurden. Dabei kam es auch zu Straftaten gegenüber Gegendemonstranten und der Polizei sowie gegen bereits eröffnete oder im Bau befindliche Unterkünfte.

- Am 29. April 2014 spritzten zwei männliche Personen eine brennbare Flüssigkeit von außen auf eine Metalltür einer Gemeinschaftsunterkunft in Köpenick und entzündeten diese. Während der Tathandlung zeigte eine der Personen den „Deutschen Gruß“. Die Täter flüchteten in unbekannte Richtung, das Feuer erlosch selbständig. Durch eine am Objekt angebrachte Kamera wurde die Tat aufgezeichnet, so dass die alarmierten Polizeikräfte die zwei Tatverdächtigen feststellen und anhand der Videoaufnahmen wiedererkennen konnten. Durch die Staatsanwaltschaft Berlin wurde gegen die beiden Tatverdächtigen Anklage vor dem Amtsgericht Tiergarten (Jugendrichter) wegen gemeinschaftlicher Sachbeschädigung erhoben. Darüber hinaus wurde einem der Angeschuldigten das

Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zur Last gelegt. Die beiden Angeklagten wurden zu vier Monaten auf Bewährung und 100 Sozialstunden bzw. zu zwei Wochen Jugendarrest verurteilt.

- Während und nach Abschluss der angemeldeten Kundgebung „Gegen Asylmissbrauch den Mund aufmachen! Wir sind das Volk! Gemeinsam sind wir stark“ am 22. November 2014 in Marzahn kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Gegendemonstranten und der Polizei. Dabei wurden durch zum Teil verummte Kundgebungsteilnehmer Steine und Flaschen geworfen sowie Pyrotechnik gezündet.

Ab November 2014 formierte sich der Protest insbesondere in den Ortsteilen Marzahn, Hellersdorf, Köpenick und Buch in Form von sogenannten „Montagsdemos“, „Kiezspaziergängen“ oder „Mahnwachen“, zu denen vor allem über soziale Netzwerke, vorrangig Facebook, mobilisiert wurde. Insbesondere die „Bürgerbewegung Hellersdorf“ und die „Bürgerbewegung Marzahn“ nutzten ihr Facebookprofil, um zu den „Montagsdemos“ aufzurufen. Seit Anfang des Jahres 2015 konnte hier ein starker Rückgang der Teilnehmerzahlen verzeichnet werden.

Neben den Straftaten im Zusammenhang mit Versammlungen richteten sich rechtsmotivierte Straftaten auch direkt gegen bereits vorhandene bzw. in Planung befindliche Unterkünfte für Geflüchtete und Asylbegehrende. Ein Teil der in der Öffentlichkeit wahrgenommenen Sachverhalte, wie z. B. das Umstürzen von Bauzäunen ohne Substanzverletzung oder das Anbringen von Schriftzügen ohne strafbaren Inhalt mit Kreide auf Gehwegen, waren jedoch ohne strafrechtliche Relevanz und spiegeln sich demnach im Fallaufkommen der PMK nicht wider.

3.1.2 Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Einhergehend mit dem gestiegenen Fallaufkommen im Zusammenhang mit der Asylthematik ist auch im Themenbereich Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ein gestiegenes Fallaufkommen zu verzeichnen. Betroffen von derartigen Taten waren nicht nur geflüchtete oder asylbegehrende Menschen, sondern auch Personen, die seit Jahren in dieser Stadt leben bzw. in Deutschland geboren und aufgrund ihrer vermuteten oder tatsächlichen ausländischen Herkunft oder ihres Migrationshintergrundes Geschädigte von fremdenfeindlichen Straftaten wurden.

- Im Zeitraum Dezember 2013 bis Januar 2014 wurden durch den Täter in einem überwiegend von ausländischen Familien bewohnten Mehrfamilienhaus im Berliner Ortsteil Gesundbrunnen mehrere Brände im Haus gelegt. In den meisten Fällen rief der Beschuldigte danach selbst die Feuerwehr und nannte dabei die Personalien verschiedener Bewohner des Hauses. Eine rechtspolitische Tatmotivation kann nicht ausgeschlossen werden, da er durch die Taten fast ausschließlich Familien mit Migrationshintergrund schädigte und sich gegenüber Dritten zum Teil xenophob äußerte.
- Am 7. Juni 2014 wurde der afghanische Geschädigte in Niederschöneweide durch zwei männliche Täter angesprochen. Da er die deutsche Sprache nicht versteht, wollte er seinen Weg fortsetzen. Daraufhin schlug einer der beiden Täter mit einem Baseballschläger in Richtung des Kopfes des Geschädigten und traf ihn am Oberarm.

3.1.3 Konfrontation mit dem politischen Gegner

Die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner war in diesem Jahr insbesondere von der verstärkten Begehung politisch motivierter Straftaten gegen Personen oder politische Einrichtungen bzw. Institutionen geprägt. Dabei standen auch wieder Partei- bzw. Wahlkreisbüros im Fokus der rechten Szene.

- Unbekannte Täterinnen oder Täter beschädigten am 12. Januar 2014 in Weißensee die Verglasung eines Wahlkreisbüros der Partei „Die Linke“ und bewarfen Fassade und Fenster mit Farbbeuteln. Es konnten keine Tatverdächtigen bekannt gemacht werden.
- Im Zeitraum von August bis November 2014 wurden durch Unbekannte insgesamt vier Brandanschläge auf die CDU-Bundesgeschäftsstelle, das Reichstagsgebäude und zweimal auf das Paul-Löbe-Haus verübt. Die Brandsätze erloschen selbständig und stellten keine Gefahr für Menschenleben dar. An drei Tatorten wurden Selbstbeichtigungsschreiben der bis dato nicht bekannten Gruppierung „Deutsche Widerstandsbewegung“ gefunden, die auf einen rechtsextremen Hintergrund schließen lassen. Die wegen versuchter schwerer Brandstiftung geführten Ermittlungen dauern an.
- Unbekannte Täterinnen oder Täter brachten am 31. Dezember 2014 an der Scheibe des Parteibüros der Piratenpartei in Wilmersdorf den Schriftzug „Links Faschisten Stoppen, Pegida“ an. Es konnten keine Tatverdächtigen bekannt gemacht werden.

Neben Angriffen auf Partei- und Wahlkreisbüros wurden Politiker und Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, auch in ihrem privaten Umfeld Geschädigte von rechtsmotivierten Straftaten.

- Am 13. April 2014 wurde durch unbekannte Täterinnen oder Täter in Adlershof ein Pkw in Brand gesetzt. Nutzer des Fahrzeuges ist ein freier Journalist und Fotograf, der die Aktivitäten der rechten Szene recherchiert und dokumentiert. In derselben Tatnacht kam es zu einer weiteren Inbrandsetzung eines Pkws durch unbekannte Täterinnen oder Täter in Buckow. Das Auto war mit diversen Aufklebern der SPD und der „Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken“ versehen.
- Am 27. Dezember 2014 wurden erneut zwei Pkw in Adlershof und Rudow in Brand gesetzt, wobei einer der Geschädigten der bereits im April betroffene Fotograf war. Die Ermittlungen dauern an.

3.2 Parteien, Organisationen, Vereine und Gruppierungen

3.2.1 PEGIDA/BÄRGIDA

Seit dem 20. Oktober 2014 kommt es in Dresden regelmäßig wiederkehrend zu Kundgebungen des Bündnisses „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA).

Zwischenzeitlich hat die Idee der „GIDA“-Bewegungen Nachahmung in zahlreichen



weiteren Städten Deutschlands gefunden, wengleich der dortige Zulauf bislang weit hinter den Teilnehmerzahlen in Dresden zurückbleibt. In allen übrigen deutschen

Großstädten überwiegen die Teilnehmerzahlen entsprechender Gegenveranstaltungen.

In Berlin gab es im Berichtsjahr 2014 keinen Ableger der „GIDA“-Bewegungen. Die Bewegung BÄRGIDA formierte sich erstmalig im Rahmen einer Versammlung im Januar 2015.

3.2.2 Reichsbürgerbewegung

Bei der Reichsbürgerbewegung handelt es sich nicht um eine einheitliche Bewegung,



sondern vielmehr um einen Zusammenschluss verschiedener Personen und Gruppierungen, die unter Berufung auf das Deutsche Reich die Existenz der Bundesrepublik Deutschland leugnen. Dabei ziehen sie unterschiedliche Thesen und

Begründungen heran und treten als teilweise rechtsextreme, untereinander konkurrierende, Splittergruppen und Einzelpersonen auf.

Mithilfe pseudojuristischer Argumente wird von einigen Protagonisten behauptet, das Deutsche Reich zu vertreten. Dabei weisen sich einige mit Fantasiepapieren wie z. B. dem „Reichsausweis“ aus und bekleiden Pseudoämter wie „Reichskanzler“ oder „Reichsminister“. In diesem Zusammenhang werden auch amtlich erscheinende Schreiben versandt.

Bundesweit ist vermehrt festzustellen, dass Einzelpersonen ihre „reichsideologischen“ Ansichten und Theorien in Form von filmischen Beiträgen/Videos über YouTube verbreiten. Sich selbst bezeichnen die Personen als „Internetaktivisten“. Unter dem Deckmantel von Pseudonymen werden nicht selten rechtsextremistische Inhalte auf diese Weise verbreitet.

„Reichsideologisches“ Gedankengut geht oftmals einher mit weiteren Verschwörungstheorien, beispielsweise der sogenannten „Chemtrail-Theorie“, wonach die von Flugzeugen erzeugten Kondensstreifen am Himmel, sogenannte „Chemtrails“, auf Mensch und Umwelt schädlich wirkende Chemikalien, enthalten. Es wird behauptet, auf diese Art und Weise solle die Menschheit gezielt dezimiert werden.

3.2.3 „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa)

Für starkes mediales und polizeiliches Interesse sorgten die Gewaltausschreitungen der „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) am 26. Oktober 2014 in Köln, die zumindest indirekte Auswirkungen auf Berlin nach sich zogen. Am 9. November 2014 kam es auf dem Alexanderplatz zu einer Veranstaltung, die sich gegen eine abgesagte Hooligan-Versammlung richtete. Hierbei trafen etwa 300 bis 400 Personen des linken Spektrums auf ca. 30 Personen der rechten Szene. Es kam zu schweren Landfriedensbrüchen und Körperverletzungen, so dass die Personen von der Polizei getrennt werden mussten.

Allgemein kann die Berliner Fußballfanszene vereinsübergreifend als eher unpolitisch beschrieben werden.

3.3 Ausgewählte Sachverhalte

Versuchter Mord aus fremdenfeindlicher Motivation

Am 26. September 2014 besuchte der spätere Beschuldigte eine Bekannte und ihren niederländisch-türkischstämmigen Lebensgefährten in Neukölln. Es kam zu einem Streitgespräch, in dessen Verlauf der Beschuldigte äußerte, alle Türken zu hassen und dem Geschädigten vorwarf, Deutschen die Frauen und die Arbeit wegzunehmen. Als er vom Geschädigten aufgefordert wurde, die Wohnung zu verlassen, schien er dieser Aufforderung zunächst nachzukommen, holte aber aus seinem Rucksack einen Hammer

hervor, mit dem er dem Geschädigten auf den Kopf schlug. Weitere Schläge konnte der Geschädigte abwenden. Seine Lebensgefährtin lenkte den Täter ab, so dass er aus der Wohnung flüchten konnte. Durch die alarmierten Polizeikräfte wurde der Tatverdächtige in Tatortnähe festgenommen. Die Ermittlungen ergaben, dass er sich seit einiger Zeit zunehmend mit der sogenannten „Reichsbürgertheorie“ befasste und sich als Anhänger der „Ideologie der deutschen bzw. arischen Rasse“ verstand. Außerdem trat er in der Vergangenheit im Zusammenhang mit der „Chemtrail-Theorie“ in Erscheinung. Der Tatverdächtige wurde bis auf weiteres in einer Haftanstalt untergebracht.

3.4 Prognose

Auch im Jahr 2015 wird die Politisch motivierte Kriminalität - rechts in all ihren Erscheinungsformen wieder von hoher polizeilicher Bedeutung sein.

Die Erfahrungen zeigen, dass es anlässlich der Bekanntgabe sowie im Rahmen von Informationsveranstaltungen zur Eröffnung von Gemeinschaftsunterkünften zu Aktionen und Versammlungen von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch Angehörigen der rechten Szene kommen kann, die entsprechende Gegenveranstaltungen zur Folge haben. Mit Straftaten ist in diesem Zusammenhang zu rechnen. Die Nutzung des Internets und sozialer Netzwerke als Treffpunkt und Sprachrohr begünstigt in ihrer Anonymität die Begehung von Straftaten.

Aus Sicht der rechten Szene ist die Furcht vor einer „schleichenden Islamisierung“ und steigenden Zahlen Asylbegehrender als aktuelles Thema geeignet, Anschluss im bürgerlichen Lager zu finden.

Abzuwarten bleibt, wie sich die seit Anfang dieses Jahres stattfindenden Versammlungen des BÄRGIDA-Bündnisses entwickeln. Bislang verliefen diese mit 200 bis 500

Teilnehmerinnen und Teilnehmern weitgehend störungsfrei und verzeichneten auf Seiten der Gegenkundgebungen deutlich mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Es ist zunächst davon auszugehen, dass sich die Fallzahlen der PMK – rechts im kommenden Jahr - vorbehaltlich unvorhergesehener Entwicklungen - auf dem Niveau des Berichtsjahres bewegen werden.

4. Politisch motivierte Kriminalität – links

4.1 Besondere Entwicklungen

4.1.1 Asylthematik und Flüchtlingspolitik

Oranienplatz und Gerhart-Hauptmann-Schule (GHS)

Das am 5. Oktober 2012 auf dem Kreuzberger Oranienplatz entstandene Protestcamp bildete auch im Berichtsjahr einen Schwerpunkt für die Thematisierung der Situation von geflüchteten und asylbegehrenden Menschen. Eine durch den Senator für Inneres und Sport im Januar 2014 angekündigte Räumung fand nicht statt. Der Senat beauftragte stattdessen die Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen mit den Verhandlungen über eine friedliche Lösung mit den Bewohnern des Oranienplatzes und der seit dem 8. Dezember 2012 besetzten Gerhart-Hauptmann-Schule.

Am 18. März 2014 präsentierte der Senat ein „Einigungspapier Oranienplatz“ als Lösung für das Camp und die Bewohner der GHS. Dieser Kompromiss beinhaltete eine Einzelfallprüfung der Anträge auf Asyl und Aufenthalt; im Gegenzug sollten die Bewohner das Camp und die GHS verlassen

Am 8. April 2014 räumten die ehemaligen Bewohner das auf dem Oranienplatz befindliche Refugee-Protest-Camp und begaben sich in die vom Senat bereitgestellten Unterkünfte. Kurz nach dem Beginn des Abbaus wurden durch nicht-räumungswillige Flüchtlinge und deren Unterstützer aus Protest spontane, unangemeldete Aktionen, angemeldete Versammlungen, Mahnwachen und Hungerstreiks sowie Besetzungsaktionen durchgeführt. Dabei kam es auch zur Begehung politisch motivierter Straftaten.

- Im Rahmen des Aufzuges „Grenzenlose Solidarität“ am 17. Mai 2014 in Mitte kam es u. a. zum Zünden eines sogenannten „Nebeltopfes“ und zu Sachbeschädigungen in Form von Farbschmierereien. So wurde auf einer Mittelinsel der Schriftzug „Keine Festung Europa“ angebracht.
- In der Nacht zum 27. Mai 2014 bewarfen unbekannte Täter das Gebäude der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen mit Farbe. In einem Selbstbeichtigungsschreiben einer Gruppierung „Message in a bottle“ hieß es, man wolle „einen Arm des bundesdeutschen rassistischen und diskriminierenden Systems“ angreifen, weil man genug von der spaltenden Politik habe und sich solidarisch mit dem Oranienplatz erklärt.
- Vom Hermannplatz in Neukölln über den Oranienplatz in Kreuzberg führend, wurde am 5. Juli 2014 ein angemeldeter Aufzug „Bleiberecht für alle Flüchtlinge! Schluss mit der Polizeiokkupation in Kreuzberg“ durchgeführt. Am Oranienplatz wurde, entgegen der Versammlungsauflagen, die Grünfläche durch ca. 300 Personen besetzt. In der Folge kam es zu körperlichen Auseinandersetzungen zwischen Sammlungsteilnehmern und der Polizei. Dabei wurden Flaschen und andere Gegenstände auf die Einsatzkräfte geworfen und polizeiliche Maßnahmen durch die Sammlungsteilnehmer gezielt behindert.

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg begann am 24. Juni 2014 mit den Umzugsmaßnahmen der Bewohner der GHS. Nach dem Umzug sollte das Objekt gesichert werden. Den bisherigen Bewohnern wurden Ersatzunterkünfte angeboten. Einige Flüchtlinge und Unterstützer lehnten es ab, die GHS freiwillig zu verlassen.

Auch in diesem Zusammenhang kam es zu spontanen Solidaritätsaktionen und politisch motivierten Straftaten durch Unterstützer, die als PMK - links zu klassifizieren waren:

- Am 1. Juli 2014 versammelten sich mehrere hundert Personen im nahen Umfeld der GHS in Kreuzberg, um ihre Solidarität mit den Flüchtlingen zu bekunden und gegen die Maßnahmen des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg zu protestieren. Es wurde versucht, die Absperrgitter zu überwinden, um zur besetzten GHS zu gelangen. Dabei wurden Polizeibeamte körperlich angegriffen.
- Am 9. Juli 2014 wurde bekannt, dass sich 36 Personen zu einer Sitzblockade auf der Aussichtsplattform des Fernsehturms in Mitte eingefunden hatten. Sie forderten ein Gespräch mit Vertretern der Bundesregierung, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen und gaben an, so lange dort zu verharren, bis ein Gesprächspartner zur Verfügung gestellt werde. Nachdem die Personen den Aufforderungen des Hausrechtsinhabers, den Protest zu beenden und die Plattform zu verlassen, nicht nachgekommen waren, stellte dieser einen Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs und die Polizei begann mit Auflösung der Blockade und der Feststellung der Personalien. Dabei schlug ihnen ein starker Widerstand entgegen, erst auf Vermittlung eines Mitgliedes des Abgeordnetenhauses von Berlin erklärten sich die Besetzer bereit, eine Überprüfung ohne weitere Widerstandshandlungen durchführen zu lassen.

Im August wurden die ersten ausländerrechtlichen Überprüfungen zu ca. 150 Personen, die unter die Vereinbarung zum Oranienplatz fallen, abgeschlossen. Mit Ablauf des 25. August 2014 sollten die Unterbringungsleistungen eingestellt werden. Die Verantwortlichen der betroffenen Flüchtlingseinrichtungen erhielten eine Liste mit den Personen, für die keine Unterbringungsleistung mehr gezahlt werden sollte. Die betroffenen Flüchtlinge wurden aufgefordert, die Unterkünfte zu verlassen, da die Unterkunfts- und Heimplätze für neu ankommende Flüchtlinge benötigt werden. Zehn Personen aus der Unterkunft Gürtelstraße in Friedrichshain weigerten sich und besetzten das Dach des Gebäudes, wobei angedroht wurde, sich vom Dach zu stürzen. In Solidarität

zu den Flüchtlingen errichteten Unterstützer an der Gürtelstr./Scharnweberstr. eine Mahnwache. Während der Besetzung wurden mehrere Demonstrationen mit bis zu 1.000 Teilnehmern, zum Teil unfriedlich, durchgeführt. Am 7. September 2014 verließen die vier letzten Besetzer das Dach und erhielten Unterkunft in einer kirchlichen Einrichtung.

Im weiteren Verlauf des Jahres 2014 kam es zu weiteren Besetzungen:

- Am 11. September 2014 besetzten ca. 150 Flüchtlinge und Unterstützer die St. Thomas Kirche in Mitte. Es wurden Plakate mit der Aufschrift „Kein Mensch ist illegal“ und „Refugees are welcome“ gezeigt. Nach Verhandlungen mit Kirchenvertretern verließen die Flüchtlinge am 14. September freiwillig die Kirche und begaben sich in die von der Kirche bereitgestellten Unterkünfte.
- Am 17. September besetzten ca. 30 Flüchtlinge und Unterstützer vorübergehend die Bundesparteizentrale von „Bündnis90/Die Grünen“ in Mitte. Nach Abhalten einer Pressekonferenz zur anstehenden Entscheidung des Bundesrates zur Verschärfung des Asylrechtes wurde die Besetzung friedlich beendet.
- Am 25. September 2014 betraten ca. 45 Personen der Refugee- und Unterstützerszene das DGB-Haus in Schöneberg, um auf die Flüchtlingsproblematik aufmerksam zu machen. Dabei führten sie ein Transparent mit der Aufschrift „Für eine Antwort der Arbeiter und Arbeiterinnen, Gewerkschaften müssen den Kampf aufnehmen, Waffen der Kritik“ mit sich. Sowohl die anwesende Landesvorsitzende als auch der Geschäftsführer des DGB verzichteten ausdrücklich auf polizeiliche Maßnahmen. Nachdem die sich seit einer Woche im DGB-Haus aufhaltenden Flüchtlinge auch nach Ablauf eines Ultimatums durch den DGB das Gebäude nicht freiwillig verließen, wurde die Polizei zur Durchsetzung des Hausrechts um Räumung des Gebäudes ersucht. Die Räumung

erfolgte am 2. Oktober 2014. Dabei kam es zu Widerstandshandlungen seitens der Besetzer.

Mit Terminsetzung 31. Oktober 2014 („Tag X“) plante das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg nach einer letzten Aufforderung zum freiwilligen Verlassen der GHS, die noch verbliebenen Bewohner räumen zu lassen. Diese Aufforderung wurde von Bewohnern und Unterstützern als Bruch der Vereinbarung vom 2. Juli 2014 angesehen. Die Bewohner hatten mehrmals bekräftigt, dass für sie ein freiwilliger Auszug aus der GHS - als letztes verbliebenes Symbol des Refugee-Widerstandes - nicht in Frage kommt. Zugleich bereiteten sich Sympathisanten und Unterstützer auf den vermuteten baldigen Polizeieinsatz vor. Im Internet kursierten Texte, die den „Tag X“ zum Thema hatten und in denen ein vergleichbares Szenario wie beim Polizeieinsatz im Juni bzw. Juli angekündigt wurde. Aufgrund eingereicherter Klagen von Bewohnern der GHS auf Aussetzung wurde eine Räumung der Schule nicht durchgeführt. Bis zur Entscheidung im Hauptverfahren (eine Terminierung ist nicht bekannt) dürfte sich an der Situation nichts ändern.

„Containerdörfer“ bzw. Notunterkünfte

Auf Grund ansteigender Zahlen von geflüchteten und asylbegehrenden Menschen, die im Jahr 2014 in die Bundesrepublik Deutschland kamen, wurden in den Kommunen und Städten zusätzliche Flüchtlingsunterkünfte, entweder in Form sogenannter „Containerdörfer“ oder durch Umwidmung von Sporthallen, Schulen und Kitas, eingerichtet. In Berlin wurden bzw. werden in verschiedenen Bezirken derartige Unterkünfte in Betrieb genommen.

Sowohl durch die NPD als auch die europakritische „Alternative für Deutschland“ (AfD) oder durch „rechtsorientierte“ Einzelpersonen und deren Unterstützer kam es vor geplanten Flüchtlingsheimen oder Notunterkünften immer wieder zu angemeldeten und unangemeldeten Protestversammlungen gegen diese. Daran nahmen zum Teil auch

Anwohner der jeweiligen Wohngebiete teil. Ziel der vorgenannten Gruppierungen oder Personen war und ist es, vorhandene Ängste der ansässigen Bevölkerung für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Begleitet wurden diese Versammlungen stets von Gegenprotesten, die sich aus Gruppen und Personen aus dem bürgerlich-parteilich-gewerkschaftlichen Spektrum aber auch aus Gruppen und Einzelpersonen der linken Szene zusammensetzten. Dabei kam es aus beiden Lagern immer wieder zu versammlungstypischen Straftaten und zu Auseinandersetzungen mit dem jeweils politischen Gegner.

- Im Rahmen der angemeldeten Demonstration „Gegen Asylmissbrauch den Mund aufmachen! Wir sind das Volk! Gemeinsam sind wir stark!“ am 22. November 2014 in Marzahn fanden zahlreiche Gegendemonstrationen unter dem Motto „Gemeinsam für Vielfalt und Toleranz“ mit bis zu 2500 Teilnehmern statt. Dabei war das Verhalten der Gegendemonstranten größtenteils davon geprägt, zum Aufzug gegen Asylmissbrauch zu gelangen, um diesen zu stören bzw. dessen Durchführung zu verhindern. Es kam zu Auseinandersetzungen mit Demonstrationsteilnehmern und der Polizei, u. a. wurden Steine, Flaschen und Pyrotechnik geworfen.

Vor allem in den Bezirken Marzahn-Hellersdorf, Pankow und Treptow-Köpenick war in diesem Themenzusammenhang ein erhöhtes Fallaufkommen festzustellen.

4.1.2 Repression

Aktionen und politisch motivierte Straftaten im Themenzusammenhang Repression bildeten auch im Jahr 2014 einen Schwerpunkt innerhalb der linken Szene. Dabei werden Polizeibeamtinnen und –beamte immer häufiger - zunehmend auch anlassunabhängig - Opfer gewalttätiger Übergriffe, wobei die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung in den

letzten Jahren innerhalb der linken Szene deutlich gesunken ist und weitestgehend eine breite Akzeptanz findet.

Im Jahr 2014 wurden insgesamt 360 politisch motivierte Gewaltdelikte zum Nachteil von Polizeibeamtinnen und -beamte sowie Einsatzfahrzeuge und Einrichtungen der Polizei Berlin registriert, im Jahr 2013 waren es 185 Fälle. Ein Großteil der Gewaltdelikte wurde im Zusammenhang mit Versammlungen begangen

- Am 22. März 2014 fand anlässlich des „Aktionstages gegen Repression“ eine Demonstration statt. Der Aufzug setzte sich mit 800 Teilnehmern in Tiergarten in Bewegung. Im ersten Drittel des Aufzuges wurden zum Teil Vermummungsgegenstände angelegt. Nach mehrmaliger polizeilicher Aufforderung diese abzulegen, wurden freiheitsentziehende Maßnahmen durchgeführt. Daraufhin beendete die Versammlungsleiterin den Aufzug. Als unmittelbare Reaktion erfolgten kurzfristig vereinzelte Flaschen- und Pyrotechnikwürfe auf eingesetzte Polizeikräfte durch ehemalige Versammlungsteilnehmer. Dadurch wurden mindestens zwei Beamte leicht verletzt.
- Am 5. Mai 2014 warfen zwei unbekannte Täter drei Brandsätze vom Dach eines Hauses in Neukölln auf den angrenzenden Parkplatz des Polizeiabschnitts 54 und verfehlten einen dort geparkten Funkstreifenwagen nur knapp. Ein Selbstbeichtigungsschreiben wurde zu dieser Tat nicht veröffentlicht.
- Am 27. Juni 2014 hielt sich eine Personengruppe im Ortsteil Friedrichshain auf der Fahrbahn auf und führte im vorderen Bereich zwei Transparente, mit Bezug zur Flüchtlingspolitik mit. Auf Höhe eines vorbeifahrenden Polizeifahrzeuges traten mehrere Personen aus der Gruppe heraus, und eine männliche, vermummte Person

sprang mit erhobenem Bein gegen die hintere Tür des Fahrzeuges. Des Weiteren wurde der Einsatzwagen mit einer Flasche und einem Stein beworfen.

- Am 3. Juli 2014 wurde an einer Straßenkreuzung im Ortsteil Prenzlauer Berg ein Einsatzfahrzeug der Polizei von mehreren Pflastersteinen getroffen. Die Täter befanden sich offenbar auf der gegenüberliegenden Seite auf einer Erhöhung. Das Fahrzeug wurde durch insgesamt neun Treffer stark beschädigt. Nach Zeugenaussagen flüchteten zwei unbekannte Personen mit Fahrrädern. Im Nahbereich wurden mehrere Steindepots aufgefunden, so dass von einer größeren Tätergruppe ausgegangen werden muss. Darüber hinaus wurden mehrere Scheiben einer Filiale der Deutschen Bank durch Steinwürfe zum Teil stark beschädigt.
- Polizeieinsatzkräfte wurden am 1. November 2014 zum sogenannten „Dorfplatz“ im Ortsteil Friedrichshain beordert. Dort waren Hindernisse auf die Fahrbahn verbracht und Müllcontainer in Brand gesetzt worden. Sowohl Polizei als auch Einsatzkräfte der Feuerwehr wurden vom Dach eines Gebäudes mit Steinen und Pyrotechnik beworfen. Es konnte keine Täter festgestellt werden. Durch die Steinwürfe wurden auch am Fahrbahnrand abgestellte Privat-Pkw zum Teil erheblich beschädigt.

4.1.3 Politisch motivierte Brandanschläge auf Kfz

Im Jahr 2014 wurden insgesamt 53 Brandanschläge mit 60 direkt angegriffenen Kfz festgestellt, bei denen eine politische Motivation nicht ausgeschlossen werden konnte. Dabei wurden 54 Fahrzeuge in Mitleidenschaft gezogen (Kollateralschäden). Im Jahr 2013 waren es 23 Brandanschläge mit 37 direkt angegriffenen und 11 in Mitleidenschaft gezogenen Fahrzeugen.. Insgesamt wurden 20 Selbstbeziehungsschreiben (2013: 9) zu den Taten veröffentlicht.

Damit wurden im Jahr 2014 etwa doppelt so viele Fahrzeuge mit einer politischen Motivation in Brand gesetzt worden als im Jahr 2013.

Auch hier spiegeln sich die gestiegenen Straftaten im Themenzusammenhang Repression wider. Im Vergleich zum Vorjahr wurden mit 12 Fällen doppelt so viele Taten begangen, als im Jahr 2013 mit sechs Fällen. Dabei richteten sich fünf Taten gegen Einsatzfahrzeuge der Polizei, im Jahr 2013 war es kein Fall.

4.1.4 Gentrifizierung

Das Themenfeld Gentrifizierung nahm auch im Jahr 2014 einen hohen Stellenwert innerhalb der linken Szene ein. Hier haben sich insbesondere die Örtlichkeiten rund um das „Engelbecken“ zwischen Mitte und Kreuzberg sowie um die Rigaer Straße in Friedrichshain als Brennpunkte für zum Teil gewalttätige Aktionen herausgestellt.

In diesen Bereichen kam es im Zusammenhang mit den Themenfeldern „Gentrifizierung“ sowie „Repression“ zu Sachbeschädigungen mit erheblichen Vermögensschäden durch Farbbeutel- und Steinwürfe sowie Brandanschläge. Angriffsziele waren insbesondere Wohnungs- bzw. Geschäftsneubauten, (luxus-)sanierte Gebäude, hochwertige Privat- oder Firmenfahrzeuge sowie Polizeifahrzeuge.

- Am 11. Januar 2014 kam es im Bereich der Rigaer Straße zu mehreren Sachbeschädigungen durch eine 30- bis 50-köpfige Personengruppe. Dabei wurden mehrere Fahrzeuge beschädigt und ein Passant mit Farbe besprüht. An einer Straßenkreuzung wurde mit Hilfe diverser Baustellenabsperungen eine Straßensperre errichtet.
- Unbekannte Täter beschädigten in der Nacht zum 27. August 2014 insgesamt 25 Fensterscheiben am Wohngebäude „CarLoft“. Auf der Internetseite linksunten.indymedia.org wurde ein Selbstbeichtigungsschreiben veröffentlicht,

welches die Tat in den Begründungszusammenhang „Gentrifizierung“ und „Antirassismus“ stellte.

Derartige Straftaten werden als sogenannte „direkte Aktionen“ unangekündigt, spontan und anonym durchgeführt. Dadurch werden dem „Repressionsapparat“ nach Einschätzung der linken Szene nur geringe Handlungsmöglichkeiten ermöglicht. Solche Aktionsformen werden bereits seit einigen Jahren durch die linke Szene als probates Mittel thematisiert und favorisiert, da sie in unregelmäßigen Abständen durchgeführt werden und eine nachhaltige öffentliche Wahrnehmung entfalten, die durch die Thematisierung in den Medien noch verstärkt wird.

Zur nachhaltigen Bekämpfung dieser Erscheinungsform linksmotivierter Kriminalität wurde u. a. die „Einsatzkonzeption Kiezstreifen“ in Kraft gesetzt.

4.2 Parteien, Organisationen, Vereine und Gruppierungen

4.2.1 „radikale Linke/Berlin“

Im Oktober 2014 hat sich die „radikale Linke/Berlin“ aus einzelnen Mitgliedern der inzwischen aufgelösten Antifa-Gruppierung „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB) sowie einzelnen Mitgliedern der nach wie vor bestehenden, aber inhaltlich teilweise neu ausgerichteten „Antifaschistischen Revolutionären Aktion“ (ARAB) gegründet. Bislang ist die „radikale Linke/Berlin“ noch nicht mit größeren Aktivitäten in Erscheinung getreten. Lediglich an der alljährlichen Gegendemonstration für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar 2015 in Berlin nahm eine Personengruppe teil, welche ein Leittransparent mit dem Gruppennamen „radikale Linke/Berlin“ mit sich führte. Ziel der „radikalen Linken/Berlin“ ist nach Einschätzung Berliner Sicherheitsbehörden vor allem der militante Aktionismus in Form von so genannten „direkten Aktionen“ als auch bei

traditionellen Veranstaltungen der linken Szene. Die Mitglieder der „radikalen Linken/Berlin“ eint dementsprechend vor allem der Wille zu Militanz.

Grund für die Neugründung ist in erster Linie, dass man den Anschlusswillen anderer Personen der ALB und der ARAB an breite Organisationen von bürgerlichen Personengruppen bis hin zu Personen der linksextremen Szene als zu wenig „radikal“ und zu sehr kompromissbereit ansieht und somit linksextreme/autonome Strukturen verwässert werden.

Die „radikale Linke/Berlin“ ist in diesem Kontext als Versuch anzusehen, die in Kleingruppen und Cliques zersplitterten Teile der primär auf Militanz setzenden Kräfte der linksextremen/autonomen Szene zu bündeln. Die Gruppe ruft bereits seit Februar 2015 zum Revolutionären 1. Mai auf.

4.2.2 Zusammenschluss der „Antifaschistischen Revolutionären Aktion Berlin“ (ARAB) mit der „Neuen antikapitalistischen Organisation“ (NaO)

Mitglieder der ARAB schlossen sich im Oktober 2014 zu einem Bündnis mit der



neugegründeten trotzkistischen „Neuen antikapitalistischen Organisation“ (NaO) zusammen. In der Fusionserklärung wird der

Schritt als Konsequenz aus der Praxis und der Erfahrung der vergangenen sieben Jahre dargestellt. Die ARAB habe versucht, Teil eines Vereinigungsprozesses der Linken zu sein. Die Fusion mit der NaO sei vor allem wegen der gemeinsamen politischen Praxis im letzten Jahr auf der Straße durchgeführt worden.

Es bleibt jedoch festzustellen, dass sich die ARAB nicht aufgelöst hat, sondern die veränderte Organisationsstruktur nutzen möchte, um einen übergreifenderen Einfluss in der linken Szene zu erlangen.

Sowohl ARAB als auch NaO befürworten die Militanz, wie aus einem Interview des „Lower Class Magazine“ mit Vertretern beider Organisationen ersichtlich wird. Hier heißt es u. a.:

„Mein Standpunkt zur Militanz ist, dass das eine rein taktische Frage des Kräfteverhältnisses ist ... aber es kann durchaus sein, dass man zu militanten Aktionen greift, auf Demonstrationen ... wenn es darauf ankommt, muss man militant sein“. Der Vertreter der ARAB führte weiterhin aus, „... dass zur Zerschlagung des Staatsapparates irgendeine Form von Gewalt nötig sein wird.“



Derartige Aussagen zeigen deutlich, dass es sich hier um extremistische Gruppierungen handelt.

4.2.3 Auflösung der „Antifaschistischen Linken Berlin“ (ALB)

Die „Antifaschistischen Linken Berlin“ (ALB) gründete sich im Jahr 2003 als Nachfolgeorganisation der „Antifaschistischen Aktion Berlin“ (AAB) und beteiligte sich u. a. an der Organisation der alljährlichen „Revolutionären 1. Mai Demonstration“ in Berlin.

Im September 2014 veröffentlichte die ALB auf ihrer Internetpräsenz „antifa.de“ ihre Auflösungserklärung. Hierin heißt es: „Unsere Gruppe war nie ein homogener Zusammenschluss, wie es vielleicht für Außenstehende aussah. ... Wir haben uns nicht im Streit zur Auflösung der (ALB) entschlossen, doch mittlerweile sind die Ideen, Strategien und Ziele zu unterschiedlich, die wir hinsichtlich einer linksradikalen Praxis, Organisation und Perspektive haben. ...“

Intern wurde u. a. der Umgang mit inhaltlichen Themen, wie der Asyl- und Flüchtlingspolitik, kritisiert. Die ehemaligen Mitglieder der ALB wollen sich jedoch weiterhin zum großen Teil in anderen Gruppierungen der linken Szene, z. B. in der

„Interventionistischen Linken“ (IL), einem bundesweiten Bündnis/Netzwerk von verschiedenen Organisationen, engagieren.

4.2.4 „Gruppo Informale“

Im Zeitraum Mai bis Juli 2014 wurden mehrere Straftaten begangen, zu denen sich die bis dato unbekannte linksextremistische Gruppierung „Gruppo Informale“ im Internet mit mehreren, für authentisch erachteten, Selbstbeichtigungsschreiben bekannte. Dazu gehören mehrere Sachbeschädigungen zum Nachteil von verschiedenen Bankfilialen, Brandstiftungen an Einsatzfahrzeugen der Polizei und Fahrzeugen verschiedener Firmen wie Deutsche Bahn, Bosch Sicherheitstechnik und Gegenbauer sowie eine Brandstiftung am Gebäude des Ordnungsamtes Pankow. Die Taten wurden durch die Gruppierung in die Begründungszusammenhänge „Repression“, „Antimilitarismus“ und „Antirassismus“ gesetzt.

Die Ermittlungen werden bei der eigens eingerichteten EG Nord geführt und dauern an.

4.3 Ausgewählte Sachverhalte

Brennende Müllcontainer im Gleisbett der S-Bahn

Am 26. April 2014 fanden in Mitte ein angemeldeter Aufzug der NPD sowie zahlreiche Gegenveranstaltungen der linken Szene und des bürgerlichen Spektrums statt. Durch einen Triebfahrzeugführer der S-Bahn wurde beobachtet, dass mehrere verummte Personen einen brennenden Müllbehälter von der Modersohnbrücke herunter ins Gleisbett der S-Bahn warfen. Die Täter flüchteten anschließend über die Modersohnstraße in Richtung Sonntagstraße. Neben dem brennenden Müllbehälter wurde eine 1,5 Liter PET-Flasche, augenscheinlich mit Benzin gefüllt, aufgefunden. Es ist zu vermuten, dass durch die Tat eine Anreise der NPD-Demonstrationsteilnehmer erschwert werden sollte.

Lange Nacht der Rigaer Straße

Im Rahmen der „Langen Nacht der Rigaer Str.“ kam es in der Nacht zum 15. Juni 2014 zu Ausschreitungen und Sachbeschädigungen. So entzündeten Demonstranten mehrere Feuer auf der Fahrbahn und verhinderten den Einsatz der Feuerwehr. Während der Räumversuche durch die Polizei verhielt sich die Menschenmenge unfriedlich und widersetzte sich den Anweisungen. Dabei wurden polizeifeindliche Sprechchöre skandiert. Aus der Gruppe von ca. 200 bis 300 Personen erfolgten Flaschen- und Steinwürfe auf die Polizeikräfte, und es wurde Pyrotechnik gezündet. Ein Polizeifahrzeug wurde mit sogenannten „Balls“ (mit Lebensmittelfarbe gefüllte Gelatinekügel) beworfen und mit einer Paintball-Waffe beschossen.

Ausschreitungen im Bereich „Engelbecken“

Am 30. September 2014 wurden aus einer ca. 30 umfassenden, schwarz gekleideten, verummten Personengruppierung heraus Steine auf das Eckhaus Engeldamm / Michaelkirchplatz geworfen. Dabei wurden Parolen gegen zu hohe Mieten skandiert. Alle Schaufensterscheiben des Erdgeschosses des ehemaligen ver.di-Gebäudes (jetzt Wohnhaus mit Eigentumswohnungen und Lofts sowie Büros im Erdgeschoss) wurden durch eine große Anzahl von Steinwürfen sowie Farbbeutelwürfe beschädigt. Auf der Kreuzung brannte eine Baustellenabspernung. Ein Pkw wurde durch einen Brandsatz, der nicht umgesetzt hatte, am Reifen beschädigt, ein weiterer Pkw wurde durch einen Stein leicht zerkratzt. Auf die Motorhaube eines weiteren Pkw wurde der Schriftzug „Bonzen verpisst euch“ gekratzt. Im Bereich der Straßenkreuzung wurden später umgesetzte pyrotechnische Gegenstände aufgefunden. Am Gebäude Engeldamm 60 wurden sämtliche Schaufensterscheiben des Möbelhauses „Sitzfeldt“ sowie zweier ebenfalls im Erdgeschoss befindlichen Wohnungen beschädigt. Diese waren bereits bei früheren Sachbeschädigungen angegriffen und nur vorläufig durch Verklebungen gesichert worden.

Das Wohnhaus Engelmann 60 und insbesondere die dort ansässige Firma „Sitzfeldt“ war wiederholt Angriffsziel von mutmaßlichen Angehörigen der linken Szene.

4.4 Prognose

Auch zukünftig wird sich die linke Szene der Themen Antifaschismus, Antirepression, Gentrifizierung und Antirassismus in Verbindung mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik annehmen. Dabei wird sich der „Trend“ zur Durchführung sogenannter „direkter Aktionen“ vermutlich fortsetzen.

Das gewaltbereite linksextremistische Spektrum wird in der Außenwirkung durch die autonome Szene geprägt. Sie charakterisiert eine hohe Bereitschaft zur Gewaltanwendung und eine Verweigerungs- und Protesthaltung gegenüber den bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen, die von Teilen als faschistisch bzw. imperialistisch empfunden werden. Folglich sind bei Demonstrationen unter Beteiligung des autonomen Spektrums immer wieder versammlungstypische Straftaten zu erwarten.

Weiterhin muss davon ausgegangen werden, dass in einzelnen Teilen der autonomen Szene ein latenter, tiefgehender Hass auf Polizeikräfte vorliegt. Dies führt dazu, dass einzelne Aktionen durchaus darauf ausgerichtet sind, auch Personen, die die „Repressionsorgane“ verkörpern, gezielt anzugreifen und eine Gefahr für Leib oder Leben dieser Personen zumindest in Kauf zu nehmen.

Ein weiterer thematischer Schwerpunkt der linken Szene ist nach wie vor der Antifaschismus. Der „Kampf gegen den politisch rechten Gegner“ stellt immer noch den kleinsten gemeinsamen Nenner innerhalb der linken Szene dar. In diesem Themenzusammenhang sind weitere Straftaten (sogenannte „Polarisationsstraftaten“) zum Nachteil von Personen, die tatsächlich oder vermutlich der rechten Szene angehören bzw. gegen entsprechende Objekte und Fahrzeuge zu erwarten.

Durch die immer noch zunehmende Anzahl an Flüchtlingen und die damit verbundenen anhaltenden Diskussionen zu diesem Thema sind weitere Versammlungen gegen die Unterkünfte zu erwarten. Dies führt zu antirassistischen Gegenversammlungen und damit einhergehend zu versammlungstypischen Straftaten.

Auch Ereignisse mit bundesweiter Bedeutung, wie der im Juni 2015 stattfindende G7-Gipfel in Elmau/Bayern, werden in Berlin zur Begehung politisch motivierter Straftaten führen. So führte die am 18. März 2015 stattgefundene Eröffnung der „Europäischen Zentralbank“ (EZB) in Frankfurt am Main/Hessen auch in Berlin zu Resonanzstraftaten.

5 Politisch motivierte Ausländerkriminalität

5.1 Politisch motivierte Ausländerkriminalität ohne Bezüge zum Islamismus

5.1.1 Besondere Entwicklungen

PKK/Kurden

Das Jahr 2014 war in diesem Themenzusammenhang vor allem durch die Offensive der terroristischen Gruppierung „Islamischer Staat“ (IS) im Irak und in Syrien gekennzeichnet.

Im Zusammenhang mit den Angriffen des IS auf das Gebiet Shengal im Nordirak im Sommer 2014 und der damit verbundenen Flucht und Ermordung zahlreicher dort lebender ethnischer Minderheiten, u. a. Jesiden, fanden im gesamten Bundesgebiet Versammlungen, davon 14 in Berlin, statt. Dabei wurden zum Teil politisch motivierte Straftaten - vornehmlich durch das Zeigen verbotener PKK-Symbole - begangen.

- Am 6. August 2014 fand unter dem Motto „Solidaritätskundgebung mit Yezidi in Shengal/Irak Kurdistan gegen Angriffe Terrororganisation ISIS“ in Mitte eine angemeldete Kundgebung mit 450 Teilnehmern statt. Ein irakischer Tourist zeigte am Rande der Kundgebung eine irakische Flagge mit Glaubensbekenntnis. Dadurch fühlten sich mehrere Kundgebungsteilnehmer provoziert und griffen die Person an. Dieser flüchtete in das Hotel Adlon, wobei Einsatzkräfte nur durch Reizgaseinsatz verhindern konnten, dass die Menschenmenge ihn in das Hotel verfolgte. Weiterhin wurde eine verbotene PKK-Fahne gezeigt.
- Am 10. August 2014 wurde die Versammlung „Angriffe der IS-Banden auf die Bevölkerung im Nord-Irak“ von Neukölln bis Kreuzberg mit 1200 Teilnehmern durchgeführt. Im Verlauf der Demonstration kam es durch eine männliche Person aus einer Personengruppe heraus zum Zeigen eines islamischen

Glaubensbekenntnisses in Form einer schwarzen Fahne mit weißer Schrift, welche als Symbol des IS genutzt wird. Durch die Versammlungsteilnehmer kam es zu Reaktionen in Form von massiven Drohgebärden und Gewaltanwendung durch Fahnenstangen, Flaschenwürfe sowie Tritte und Schläge in Richtung der Personengruppe. Während des Aufzuges wurden darüber hinaus durch unbekannt gebliebene Versammlungsteilnehmer verbotene PKK-Parolen in kurdischer Sprache skandiert und einzelne Öcalan-Fahnen gezeigt. Insgesamt war die Stimmung während der gesamten Aufzugsphase von hoher Emotionalisierung getragen, die von den zahlreich anwesenden PKK-Anhängern und Sympathisanten forciert wurde.

Die weiteren Versammlungen zur Thematik wurden störungsfrei durchgeführt. Die Teilnehmerzahlen der Veranstaltungen reichten vom untersten zweistelligen bis untersten vierstelligen Bereich.

Vor dem Hintergrund der seit Frühjahr 2011 andauernden Kämpfe zwischen der „Yekîneyên Parastina Gel“ (YPG), dem bewaffneten Arm des syrischen PKK-Ablegers „Partiya Yekîtiya Demokrat“ (PYD) und islamistischen Gegnern des Assad-Regimes in den syrischen Kurdengebieten, dass diese selbst als „Rojava“ bezeichnen, fanden auch in 2014 wieder zahlreiche Solidaritätsaktionen und Veranstaltungen in Europa, überwiegend jedoch in Deutschland, statt. Insbesondere im Zusammenhang mit der im Herbst 2014 gestarteten Großoffensive des IS auf den nordsyrischen Kanton Kobane in der Region Rojava nahm die Anzahl der Versammlungen zu. Bis zum 6. Oktober 2014 fanden 28 verschiedene angemeldete Versammlungen statt, bei denen zum Teil politisch motivierte Straftaten begangen wurden. Die Teilnehmerzahlen reichten dabei vom einstelligen bis oberen dreistelligen Bereich, wobei die Teilnehmerzahlen mit Zunahme der Angriffe auf Kobane stiegen.

- Am 28. September 2014 versammelten sich ca. zehn Personen im Terminal A des Flughafens Tegel und demonstrierten lautstark gegen die Machtergreifung durch den IS. Dabei wurden Flyer verteilt. Nach Erläuterung der rechtlichen Situation sowie der Anmeldemodalitäten seitens der Bundespolizei verließ die Gruppe ohne weitere Aktionen das Flughafengebäude.
- Im Rahmen der Demonstration „Solidarität mit Kobane“ am 4. Oktober 2014 wurde eine ca. 30 Personen umfassende Gruppe festgestellt. Zwei Personen führten ein Transparent mit der Aufschrift „Weg mit dem PKK Verbot, es lebe die kurdische Revolution“ mit. Im Zuge der Identitätsfeststellung der beiden Personen stellten sich mehrere Versammlungsteilnehmer in den Weg und behinderten die polizeilichen Maßnahmen.

Nach den Presseberichten am 6. Oktober 2014 über eine mögliche Übernahme des Kanton Kobane durch den IS fanden in der Nacht vom 6. zum 7. Oktober 2014 europaweit Aktionen in Form von Demonstrationen und Besetzungen statt. Diese waren schwerpunktmäßig vor und in Fernseh- und Rundfunkanstalten, an Bahnhöfen, an Flughäfen an Geschäftsstellen politischer Parteien sowie vor türkischen und amerikanischen konsularischen Vertretungen zu verzeichnen und verliefen weitestgehend störungsfrei.

In Folge der Auseinandersetzungen um Kobane in Syrien kam es ab dem 7. Oktober 2014 zu einem quantitativen Anstieg von Versammlungen, so fanden diesbezüglich allein im Oktober 2014 dreizehn und im November drei Versammlungen in Berlin statt.

- Am 12. Oktober 2014 wurde die Versammlung „Berlin ist Kobane, Demo gegen Angriffe und Massaker des IS Terror in Rojava und Kobane“ von Neukölln bis Kreuzberg mit 1600 Teilnehmern durchgeführt. Im Verlauf des Aufzuges kam es mehrfach zum Skandieren von PKK-Parolen. Zudem wurde kurzzeitig eine Fahne

festgestellt, die das Konterfei Abdullah Öcalans auf gelben Hintergrund enthielt. Weiterhin wurden auf dem Dach des „Neuen Kreuzberger Zentrums“ (NKZ) eine verbotene PKK-Fahne von maskierten Personen gezeigt und pyrotechnische Gegenstände abgebrannt. Weiterhin wurden zielgerichtet mehrerer Flaschen in Richtung der Einsatzkräfte der Polizei geworfen.

- Am 18. Oktober 2014 fand unter dem Motto „Kobane ist nicht alleine. Stoppt den IS-Terror, Freiheit für Öcalan und Frieden in Kurdistan“ eine angemeldete Kundgebung mit 1100 Teilnehmern in Wedding statt. Bereits in der Anfangsphase kam es zu Provokationen innerhalb und außerhalb des Aufzuges. Im Umfeld wurden einzelne türkische Fahnen aus den Fenstern gehängt, was im Aufzug zu Reaktionen in Form von Sprechchören führte. Eine Einzelperson provozierte Teilnehmer des Aufzuges, daraufhin kam es zu einzelnen Steinwürfen und Abbrennen von Pyrotechnik aus dem Aufzug heraus, und es wurden Fensterscheiben einer türkischen Sportsbar beschädigt. Im weiteren Verlauf kam es im Aufzug immer wieder zu Sprechchören mit PKK-Bezug. In der Reinickendorfer Straße/Nauener Platz bewarf ein türkischer Jugendlicher aus einer Gruppe von 15 Personen heraus Teilnehmer des Aufzuges mit einer Flasche, zudem provozierten Angehörige dieser Gruppe durch das Zeigen des sogenannten „Wolfsgrußes“ und warfen eine Bank in Richtung des Aufzuges. Als Reaktion darauf kam es zu diversen Flaschen- und Steinwürfen aus dem Aufzug heraus. Einsatzkräfte der Polizei wurden mit Fahnenstangen attackiert und mit Pfefferspray angegriffen. Beim Passieren des Szeneobjekts in der Scheerer Straße 8 befanden sich mehrere vermummte Personen auf einem Balkon, die Pyrotechnik abbrannten. Aufgrund weiterer Freiheitsentziehungen setzten sich Scheerer Straße/Reinickendorfer Straße 70 Teilnehmer am Schluss des Aufzuges auf die Fahrbahn und skandierten „PKK 1.2.3 lasst die Leute frei“ und „Deutsche Polizisten, Mörder und Faschisten“. Über

den Versammlungsleiter wurde auf die Teilnehmer eingewirkt, so dass sich der Aufzug wieder in Bewegung setzte. Nur die starke polizeiliche Präsenz konnte eine Ausweitung der Auseinandersetzungen verhindern.

Seit 2014 wird durch die Partei „Die Linke“ erneut die Aufhebung des PKK-Verbotes gefordert. Es zeigten sich mehrere Mitglieder öffentlich mit Fahnen der PKK, am 13. November 2014 wurde ein Bild auf Facebook veröffentlicht, welches Parteimitglieder mit einer verbotenen Fahne der CDK zeigte.

Im Berichtszeitraum wurden seitens des Vereins „Kurdische Zukunftsbewegung“, bestehend aus einer in Berlin ansässige Gruppe syrischer Kurden, gezielt drei Störaktionen in Form von Kundgebungen gegen die PKK und PYD vor deren Vereinsräumlichkeiten bzw. in Form einer Gegendemonstration mit Teilnehmerzahlen vom unteren bis oberen zweistelligen Bereich, abgehalten. Diese verliefen ohne Vorkommnisse, wobei eine direkte Konfrontation und Eskalation bei der Demonstration vor dem Berliner PKK-Verein nur durch die eingesetzten Polizeikräfte verhindert wurde. Inhaltlich richteten sich die Versammlungen gegen die Vorgehensweise der Selbstverwaltungsakteure der PYD und PKK in den kurdisch besiedelten Gebieten Syriens. Diese demonstrativen Aktionen wurden seitens der hier ansässigen Vereine der PYD und PKK als feindselige Reaktion aufgefasst und sorgten für wachsenden Unmut innerhalb der Lager.

Den vorläufigen Höhepunkt erreichte der Konflikt am 2. Juni 2014, als Mitglieder der „Kurdischen Zukunftsbewegung“ an einer von der PYD Berlin organisierten, nicht-öffentlichen Pressekonferenz für eine Delegation aus Vertretern der nordsyrischen Selbstverwaltungsregierung aus Rojava teilnehmen wollten. Der Zutritt wurde diesen verwehrt und es kam zu einer Körperverletzung und einer Bedrohung.

Israel-Palästinenser-Konflikt

Nach dem erneuten Aufflammen der Auseinandersetzungen zwischen der Hamas im Gaza-Streifen und Israel kam es dort zu kriegsähnlichen Zuständen mit einer Vielzahl von Toten und Verletzten, vorwiegend auf palästinensischer Seite. Da diese Ereignisse durch arabische Medien über Satellit quasi „live“ empfangen werden können, kam es in Berlin zu einer hohen Emotionalisierung der hier lebenden Personen mit arabischen Wurzeln.

Dies führte im Zeitraum von Ende Juni bis Ende August zu etwa 60 Demonstrationen und Kundgebungen, bei denen dieser Konflikt thematisiert wurde. Dabei kam es insbesondere durch jüngere Demonstrationsteilnehmer zu vornehmlich versammlungstypischen Straftaten, aber auch zu einzelnen Gewaltdelikten.

- Überwiegend Personen ausländischer Herkunft versammelten sich am 12. Juli 2014 spontan zum Thema „Freiheit für Palästina“ in Mitte und liefen in Richtung der anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft eingerichteten Fanmeile. Die Demonstration war von einer aufgeheizten bis aggressiven Stimmung gekennzeichnet. Um ein Einströmen in den Bereich der Fanmeile zu verhindern, wurde die Menge durch Einsatzkräfte der Polizei zum Stehen gebracht. Daraufhin wurden Vermummungen angelegt und Flaschen, Pyrotechnik und Steine auf die Einsatzkräfte geworfen. Dann zeigten die Teilnehmer themenbezogene Transparente und hielten Redebeiträge in arabischer Sprache. Im weiteren Verlauf wurde der Aufzug angemeldet und durch Polizeikräfte begleitet.
- Bis zu 2300 Demonstrationen nahmen am 25. Juli 2014 am Aufzug zum „Qudstag“ teil. Die Stimmung war von Beginn stark emotional, und es wurden mehrfach antiisraelische Äußerungen skandiert. Als der Aufzug auf eine Gegendemonstration traf, eskalierte die Situation weiter und verschiedene Demonstranten versuchten, die Absperrung zu durchbrechen.

Nachdem Ende August zwischen den Konfliktparteien im Krisengebiet ein Waffenstillstand vereinbart und weitestgehend eingehalten wurde, kam es zu keinen weiteren themenbezogenen Versammlungen.

Asyl- und Flüchtlingsthematik

Die Räumung des Refugee-Protestcamps auf dem Oranienplatz und der Auszug der Bewohner aus der Gerhart-Hauptmann-Schule führten zu einem Anstieg von Demonstrationen und Unterstützungsaktionen. Dabei kam es auch Straftaten, die dem Phänomenbereich Politisch motivierte Ausländerkriminalität zuzurechnen waren.

Am 8. April 2014 verließen die ehemaligen Bewohner das auf dem Oranienplatz befindliche Refugee-Protest-Camp. Anschließend begaben sie sich in die vom Senat bereitgestellten Unterkünfte. Dies führte auch unter den ehemaligen Bewohnern zu Protesten und Aktionen, die zum Teil in der Begehung politisch motivierter Straftaten mündete.

- Kurz nach dem Beginn des Abbaus am 8. April 2014 bestieg eine Frau auf dem umzäunten Gelände einen Baum und weigerte sich trotz mehrfacher Ansprache bis zum 13. April 2014, diesen wieder zu verlassen. Nachdem sich der Gesundheitszustand der Besetzerin immer weiter verschlechterte, konnte sie letztendlich nach Übergabe einer schriftlichen Zusicherung der Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen dazu bewegt werden, den Baum zu verlassen.
- Im Zusammenhang mit der Besetzung der Gerhart-Hauptmann-Schule waren Polizeikräfte am 29. Juni 2014 zur Sicherung des Außengeländes eingesetzt. Auf dem Dach bemerkten sie zwei unbekannte, dunkel gekleidete Personen. Um die Sachlage zu klären, leuchten die Beamten den Dachbereich mit Taschenlampen

aus. Daraufhin warf eine Person einen Stein vom Dach, der nur wenige Zentimeter neben einem Beamten zu Boden ging.

5.1.2 Ausgewählte Sachverhalte

Gefährliche Körperverletzung

Am 25. April 2014 wurde einem israelischen Staatsangehörigen vor seinem Hauseingang in Kreuzberg durch drei männliche Personen nach zuvor erfolgten antisemitischen Beleidigungen mehrfach mit der Faust ins Gesicht geschlagen, wodurch er Frakturen des Nasenbeins und der Augenhöhle erlitt, die später chirurgisch behandelt werden mussten. Durch einen Hinweis aus der Bevölkerung und intensive Ermittlungen des Polizeilichen Staatsschutzes gelang es innerhalb weniger Wochen, die Tat vollumfänglich aufzuklären und die drei jugendlichen bzw. heranwachsenden Täter namhaft zu machen.

Raub

Der israelische Geschädigte und seine Begleiter hielten sich als Touristen in Berlin auf. Im Ortsteil Kreuzberg wurden sie am 25. September 2014 von zwei Personen palästinensischer Herkunft in ein Gespräch verwickelt. Im Verlauf des Gesprächs nahmen die Täter wahr, dass der Geschädigte Israeli ist. Daraufhin umfasste eine Person den Oberkörper des Geschädigten und drückte ihn nach unten. Dabei wurde eine Kette sichtbar, die ihm einer der Täter mit den Worten „Fucking Israel“ vom Hals riss. Es konnten keine Tatverdächtigen bekannt gemacht werden.

5.1.3 Prognose

Das Demonstrationsgeschehen im Zusammenhang mit der Terrororganisation „Islamischer Staat“ und der Situation der Kurden in der Türkei und in Syrien steht in direktem Zusammenhang mit den aktuellen Entwicklungen in dieser Region. In Abhängigkeit vom weiteren Verlauf der Kampfhandlungen um die Stadt Kobane sind auch weiterhin Solidaritätsbekundungen und themenbezogene Kundgebungen der kurdischen bzw. kurdischstämmigen Bevölkerung und auch der linken Unterstützerszene hier in Berlin zu erwarten.

Der Nahost-Konflikt ist seit Ende August 2014 zwar aus dem öffentlichen Fokus gerückt, beinhaltet jedoch nach wie vor hohe Brisanz. Dieses scheinbare Fehlen des Konflikts in der breiten Öffentlichkeit ändert nichts an dem grundsätzlich sehr gespannten Verhältnis zwischen Palästinensern und Israel. Auch in Berlin sind diese Spannungen weiterhin mehr oder weniger offen vorhanden und werden unterschwellig mit Unterstützung arabischer Medien weiter gepflegt, um diese bei einem hierfür geeigneten Anlass wieder in die Öffentlichkeit zu tragen. Derartige Schwankungen sind auch in der Vergangenheit bei den jeweiligen Eskalationen des Konflikts zu verzeichnen gewesen. Sollte die Auseinandersetzung wieder an Schärfe gewinnen, ist unverzüglich mit einer erneuten Thematisierung in Form von Demonstrationen und damit einhergehenden Straftaten zu rechnen.

Auch wenn der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine bislang keine strafrechtlich relevanten Vorkommnisse im Phänomenbereich zur Folge hatte, könnte sich die Lageentwicklung auch in Berlin direkt auf die Anzahl und Beteiligung an diesbezüglichen Solidaritätsbekundungen und sonstigen demonstrativen Aktionen auswirken.

Im Zusammenhang mit der Ausländer- und Asylthematik ist auch 2015, möglicherweise auch im Zusammenhang mit der Eröffnung weiterer Unterkünfte, mit diesbezüglichen Straftaten zu rechnen.

5.2 Islamistischer Extremismus/Terrorismus

5.2.1 Besondere Entwicklungen

Wie bereits im Jahr 2013 haben sich auch in diesem Berichtsjahr die Ausreisen zu den weltweiten Jihadplätzen verstärkt auf die Region Syrien/Irak konzentriert.

So sind im Jahr 2014 Anhänger des islamistischen Personenspektrums vor allem Richtung Syrien/Irak gereist, um vor Ort beispielsweise an Kampfhandlungen teilzunehmen oder den Widerstand gegen das Assad-Regime in sonstiger Weise zu unterstützen.

Seit Januar 2014 war der „Islamische Staat“ aus Syrien heraus auf dem Vormarsch in den Irak und konnte dabei zunächst große Geländegewinne für sich verbuchen. In den vom IS kontrollierten Gebieten etablierte er „quasi-staatliche Strukturen“ gemäß seiner eigenen extremistischen Ideologie. Zeitgleich machte der IS mit öffentlichkeitswirksamen Gräueltaten wie Enthauptungen und Massenexekutionen auf sich aufmerksam. Mit den militärischen Erfolgen, der Ausrufung des Kalifats, der Etablierung „quasi-staatlicher Strukturen“ und der medial aufbereiteten Aufkündigung der kolonialen Grenzziehung zwischen Syrien und Irak (Sykes-Picot-Abkommen) entfaltete der IS eine besondere Attraktivität und Sogwirkung auch für ausländische Kämpfer.

Eine große Koalition von arabischen und westlichen Staaten bekämpft den IS seit dessen Einmarsch in das Gebiet der Autonomen Region Kurdistan durch Luftschläge, Waffenlieferungen und Ausbildungsmaßnahmen zu Gunsten der kurdischen Kämpfer.

Am 12. September 2014 hat das Bundesministerium des Innern die Betätigung der Terrororganisation „Islamischer Staat“ in Deutschland verboten. Kennzeichen des IS dürfen damit weder öffentlich, in einer Versammlung oder in Schriften, Ton- oder Bildträgern, Abbildungen oder Darstellungen verwendet werden.

Besondere Relevanz für die Polizei Berlin kommt im Zusammenhang mit dem IS den sog. „Rückkehrern“ zu, insbesondere wenn diese sich in einem terroristischen Ausbildungslager aufgehalten haben und aktiv an Kampfhandlungen beteiligt waren und sich hierdurch entsprechende Fertigkeiten angeeignet haben. Im LKA Berlin werden in diesem Zusammenhang Strafverfahren wegen des Verdachts von Verstößen gegen das Passgesetz sowie wegen des Verdachts der Vorbereitung schwerer staatsgefährdender Gewalttaten nach § 89a StGB geführt.

Derzeit bewegt sich die Anzahl der aus Berlin nach Syrien ausgereisten Personen im oberen mittleren zweistelligen Bereich. Hierunter fallen auch Personen, die ausgereist und bereits wieder zurückgekehrt sind. Der Großteil der Reisebewegungen erfolgt mit dem Ziel der humanitären und logistischen Unterstützung.

Sozialen Medien kommt nach wie vor im Rahmen der Propaganda, Radikalisierung, Vernetzung und Rekrutierung von Personen besondere Bedeutung zu.

5.2.2 Ausgewählte Sachverhalte

Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

Am 14. Juni 2014 wurde ein 31-jähriger französischer Staatsangehöriger algerischer Abstammung am Flughafen Tegel, aus Istanbul kommend, durch Kräfte der Bundespolizei auf Grundlage eines Europäischen Haftbefehls vom 13. Juni 2014 verhaftet. Ihm wurde vorgeworfen, auf Seiten des „Islamischen Staates“ an Kampfhandlungen in Syrien teilgenommen und mit einem Video für den Jihad in Syrien geworben zu haben. Da der

Beschuldigte zum Zeitpunkt der Festnahme keine Tickets bei sich führte, die auf eine Weiterreise nach Frankreich oder in andere Staaten hindeuteten, wurde durch die Generalstaatsanwaltschaft Berlin ein Verfahren nach § 89a StGB eingeleitet.

Die Auswertung der bei ihm vorgefundenen Datenträger bzw. Unterlagen ergab keine tatrelevanten Bezüge nach Deutschland oder Berlin. Vielmehr bestätigte sich dadurch sein Aufenthalt in Al-Raqqa/Syrien, welches als Hochburg des IS gilt. Er wurde schließlich am 25. Juni 2014 nach seiner Zustimmung an Frankreich ausgeliefert.

Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

In einem Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat gem. § 89a StGB wurden am 29. August 2014 Durchsuchungsbeschlüsse für die Wohn- bzw. Aufenthaltsanschrift des Beschuldigten vollstreckt. Dieser ist Mitglied einer multinationalen Gruppierung gewaltbereiter Islamisten. Er reiste Ende Januar 2014 zunächst in Richtung Türkei und von dort weiter nach Syrien aus.

Die Durchsuchung führte zum Auffinden von Beweismitteln, darunter Führerschein und Bankkarte eines in Syrien bei Kampfhandlungen getöteten Jihadisten. Erste Erkenntnisse aus der Auswertung der beschlagnahmten elektronischen Beweismittel erhärteten den Verdacht, dass der Beschuldigte auf Seiten des IS an Kampfhandlungen beteiligt war und sich im Umgang mit Schusswaffen unterweisen ließ. Es konnten ebenfalls Hinweise auf persönliche Kontakte zu Denis C., welcher medienwirksam einen Treueeid auf den Führer des IS geleistet und auch die Teilnahme an Kampfhandlungen auf sozialen Medienplattformen öffentlich verbreitet hat, festgestellt werden.

Durch das Amtsgericht Tiergarten wurde auf Antrag der Generalstaatsanwaltschaft am 19. September 2014 ein Haftbefehl erlassen, der noch am gleichen Tag vollstreckt wurde. Der Beschuldigte sitzt seit Verkündung des Haftbefehls in Untersuchungshaft.

Ermittlungen nach Gefahrenabwehrrecht zur Ausreiseverhinderung

Aufgrund von Erkenntnissen, dass ein 38-jähriger türkischer Staatsangehöriger und Angehöriger der salafistischen Szene Berlins beabsichtige, zeitnah nach Syrien zu reisen, um sich dort an Kampfhandlungen auf Seiten des IS zu beteiligen, wurde beim Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) eine Ausreiseverbotsverfügung mit Anordnung des Passenzuges erwirkt.

Beim Amtsgericht Tiergarten wurde zudem ein richterlicher Durchsuchungsbeschluss nach Gefahrenabwehrrecht für die Wohnung sowie den Pkw erwirkt. Der Beschluss wurde am 10. Oktober 2014 umgesetzt. Die Durchsuchung führte zur Sicherstellung des gültigen Reisepasses. Ferner wurden diverse Speichermedien und Computer sichergestellt. Im Flur befand sich eine fertig gepackte Reisetasche, der Betroffene gab hierzu an, demnächst privat in die Türkei fahren zu wollen, einen konkreten Termin habe er noch nicht ins Auge gefasst. Allerdings wurde ein Beleg über den Kauf von Trekkingstiefeln gefunden, zudem hatte der Betroffene vor kurzem seine Mitgliedschaft in einem Fitnessstudio gekündigt.

Es kann davon ausgegangen werden, dass durch die polizeilichen Maßnahmen die unmittelbar bevorstehende Ausreise nach Syrien zur Teilnahme am bewaffneten Jihad verhindert werden konnte.

Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

In einem Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat gem. § 89a StGB wurden am 5. November 2014 Durchsuchungsbeschlüsse für die Wohn- bzw. Aufenthaltsanschriften von vier Beschuldigten vollstreckt.

Diese werden verdächtigt, nicht unerhebliche Vermögenswerte in Form von Nachtsichtgeräten und Ferngläsern zu sammeln und anderen zur Verfügung zu stellen, um den jihadistisch-terroristischen Kampf in Syrien und in angrenzenden Regionen zu

unterstützen. Bei den bislang lediglich im Bereich der schweren Eigentums- und Gewaltkriminalität polizeilich angefallenen Brüdern handelt es sich nach hiesigen Erkenntnissen um gläubige Salafisten, die dem IS nahe stehen sollen.

Die Durchsuchungsmaßnahmen verliefen mit Erfolg. Unter anderem wurden diverse optische Geräte verschiedener Hersteller nebst Zubehör sowie Werkzeug, welches zur Begehung von Einbruchstaten geeignet ist, beschlagnahmt.

Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

In einem Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat gem. § 89a StGB wurde am 2. Dezember 2014 die Wohnung des 37-jährigen Beschuldigten durchsucht. Zu ihm lagen Erkenntnisse vor, dass er in die jihadistische-salafistische Szene Berlins eingebunden war, sich mit den Zielen und Aktivitäten des IS identifizierte und in der Vergangenheit Syrien bereits aufgesucht hatte. Ferner sollte er sich ein militärisches Nachtsichtgerät beschafft und Interesse für weitere Geräte, Schutzwesten und Satellitentelefone bekundet haben. Die Ermittlungsergebnisse deuteten zudem darauf hin, dass sich der Beschuldigte endgültig, auch unter Zurücklassung seiner Familie, ins Jihadgebiet begeben wollte.

In der Wohnung wurden ein militärisches Infrarotnachtsichtgerät mit Infrarotscheinwerfer, zwei Ferngläser und Kommunikationsmittel beschlagnahmt. Außerdem wurden eine Langwaffe (Karabiner), diverse Messer, Schlagstöcke, eine Taschenlampe mit Elektroschocker-Funktion, ein bajonettartiger Messeraufsatz für Langwaffen und eine PTB-Waffe nebst Munition, beschlagnahmt und ein weiteres Verfahren wegen Verstoßes gegen das Waffensetz eingeleitet. Auf dem Schaft des Karabiners befanden sich handschriftlich zugefügte arabische Schriftzeichen, die „Allah ist unser Herrscher“ und „Ich opfere meine Seele für dich auf, oh Gesandter Allahs“ bedeuten.

Zudem wurde in Amtshilfe für das LABO Berlin der Reisepass des Beschuldigten beschlagnahmt und eine von hier aus initiierte Ausreiseverbotsverfügung ausgehändigt, so dass die offensichtlich unmittelbar bevorstehende Ausreise nach Syrien zur Teilnahme am bewaffneten Jihad zumindest vorübergehend verhindert werden konnte

5.2.3 Prognose

Die Gefährdung deutscher Interessen durch den islamistischen Terrorismus hält grundsätzlich weiterhin an. Die Beteiligung Deutschlands an der internationalen Koalition gegen den IS in Syrien durch die Versorgung der kurdischen Kräfte mit und deren Ausbildung an militärischen Geräten und Waffen führt dazu, dass Deutschland im unmittelbaren Zielspektrum des IS und dessen Sympathisanten steht.

Da mit einem baldigen Ende der Auseinandersetzungen in Syrien / Irak nicht zu rechnen ist, werden auch weiterhin Islamisten aus dem Berliner Raum versuchen, nach Syrien oder in den Irak auszureisen, um sich dort aktiv an Kampfhandlungen zu beteiligen oder als humanitäre Hilfe deklarierte, monetäre und logistische Unterstützung für jihadistische Gruppierungen und Organisationen zu leisten. Die Gefahr geht dabei vor allem von Personen aus, die sich in jihadistischen Lagern aufgehalten und dort ausgebildet wurden sowie sich an Kampfhandlungen im Kriegsgebiet beteiligt haben und letztlich nach Deutschland zurückkehren. Aus diesem Grund besitzt die Verhinderung derartiger Ausreisen in Kriegsgebiete bundesweit die oberste Priorität.

Eine Veränderung der dargestellten derzeitigen Lage im Bereich des islamistischen Extremismus/Terrorismus ist derzeit nicht ersichtlich. Vielmehr zeichnet sich ein stetig wachsendes islamistisches Personenpotenzial ab.

6 Sonstige/Nicht zuzuordnen

6.1 Besondere Entwicklungen

6.1.1 Asylthematik und Flüchtlingspolitik

Sowohl die Auflösung des Refugee-Protestcamps am 8. April 2014 als auch der Auszug der ehemaligen Bewohner aus der Gerhart-Hauptmann-Schule am 24. Juni 2014 führten zur Begehung von politisch motivierten Straftaten durch Unterstützter als auch durch die Flüchtlinge selbst, ohne dass diese einem Phänomenbereich zugeordnet werden konnten. Gleiches gilt für die Planung und Errichtung sogenannter „Containerdörfer“, die sowohl durch unmittelbar betroffene Anwohner als auch Flüchtlingsunterstützer kontrovers diskutiert wurden und zur Begehung politisch motivierter Straftaten führten.

- Im Rahmen des Umzugs des Refugee-Protestcamps am 8. April 2014 in Kreuzberg befanden sich mehrere Personen auf einer Bank am Info-Container. Sie hatten sich untergehakt und wollten den Platz nicht verlassen. Den sich anschließenden polizeilichen Maßnahmen widersetzte sich eine Person.
- Nach dem Umzug der Bewohner der GHS am 24. Juni 2014 sollte das Objekt gesichert werden. Einige Flüchtlinge und Unterstützter lehnten es ab, die GHS freiwillig zu verlassen. Sie verschlossen die Zugänge zum Hauptgebäude und verstellten den Zugang mit Möbeln, gossen Flüssigkeiten, vermutlich Benzin, aus und warfen vereinzelt ungezielt Gegenstände aus den Fenstern und vom Dach. Auf dem Dach hielten sich kontinuierlich bis zu 30 Personen auf, diese stellten als Brandsätze demonstrativ präparierte Flaschen bereit.

Insgesamt wurden im Themenzusammenhang 135 Fälle, davon 63 Gewaltdelikte, registriert.

6.1.2 „Islamischer Staat“

Wie bereits unter Punkt 5.1.1 thematisiert, führten Presseberichte über eine mögliche Übernahme des Kanton Kobane durch den „Islamischen Staat“ zu europaweiten Aktionen, bei denen es auch zu Besetzungen von Fernseh- und Rundfunkanstalten kam. In Berlin stürmten ungefähr 25 Personen am 10. Oktober 2014 den türkischsprachigen Radiosender „Metropol“ in Kreuzberg. Ein Mitarbeiter öffnete auf Klingeln die Tür zu den Räumlichkeiten des Senders, welche daraufhin von außen aufgestoßen, und der Mitarbeiter von mehreren Personen zur Seite gedrückt wurde. Die Personengruppe führte Flugblätter in türkischer Sprache, rote Fahnen mit dem Konterfei von Abdullah Öcalans und ein Transparent mit einem verbotenen Symbol der PKK mit. Erklärtes Ziel der Besetzer war es, Radiodurchsagen in eigener Sache durchzuführen. Weitere Mitarbeiter des Senders stellten sich der Personengruppe in den Weg und versuchten, diese hinaus zu drängen, dabei kam es zu Körperverletzungen. Als die Personengruppe bemerkte, dass Mitarbeiter des Senders die Polizei alarmierten, verließen diese fast gänzlich das Gebäude. Lediglich drei Tatverdächtige waren bei Eintreffen der Polizeikräfte noch vor Ort, wurden vorübergehend festgenommen und nach der Identitätsfeststellung entlassen. Ein entsprechender Beitrag wurde auf der Internetseite linksunten.indymedia.org eingestellt.

6.1.3 Russland-Ukraine-Konflikt

Nachdem sich ab Februar 2014 die Auseinandersetzungen im Osten der Ukraine zu einem bewaffneten Konflikt ausgeweitet hatten und sich die Krim parallel dazu nach einem Volksentscheid von der Ukraine gelöst und Russland angeschlossen hatte, erhöhte sich das themenbezogene Versammlungs- und Kundgebungsaufkommen deutlich.

Im Jahr 2014 gab es im Zeitraum von Januar bis Anfang August rund 50 diesbezügliche Veranstaltungen, sowohl mit pro-russischer als auch pro-ukrainischer Motivation, die

ohne größere Vorkommnisse durchgeführt werden konnten. Seitdem wurden in diesem Zusammenhang keine weiteren Demonstrationen oder Kundgebungen angemeldet.

- Eine Frau befand sich am 4. Februar 2014 vor dem Auswärtigen Amt in Mitte und verteilte Flyer zum Thema Ukraine. Weiterhin trug sie ein Pappschild umgehängt mit der Aufschrift: „Warum unterstützt die deutsche Politik Neonazis in der Ukraine“. Die Tatverdächtige gab an, diese Aktion bereits seit ca. drei Monaten durchzuführen und Mitglied in der „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ (BüSo) zu sein.
- Der Geschädigte befand sich am 13. Juni 2014 auf einem S-Bahnhof in Mitte, als er mit drei Personen ins Gespräch kam, die ihn in englischer Sprache auf die Situation in der Ukraine und seine Meinung dazu ansprachen. Als er ihnen entgegnete, dass sie das nichts angehe, wurde er von einer der drei Personen ins Gesicht gefasst. Um weiteren Auseinandersetzungen aus dem Weg zu gehen, zog sich der Geschädigte zurück. Beim Hinunterlaufen der Treppen wurde er plötzlich von hinten gestoßen, stürzte die Treppen hinunter, erlitt dabei eine Kopfplatzwunde und verlor das Bewusstsein.

6.1.4 Tierschutz/Tierrecht/Jagd

Im Berichtsjahr waren verstärkt politisch motivierte Straftaten gegen Geschäfte, die Bekleidung mit echtem Pelz verkaufen, aber auch gegen Hochsitze zu verzeichnen, die keinen Phänomenbereich zuzuordnen waren.

- Unbekannte Täter brachten am 15. Januar 2014 im Jagden 419 in Köpenick einen aufgestellten Hochsitz zum Umsturz, indem dieser aus der Verankerung gerissen wurde. Im Bereich des Tatortes kam es bereits zu mehreren Sachbeschädigungen an Jagdeinrichtungen. Ziel der Zerstörungen waren ausschließlich zur Jagd

vorgesehene Einrichtungen. An einem der beschädigten Hochsitze wurde der Schriftzug „ALF“ („Animal Liberation Front“) angesprüht.

- Vor dem Bekleidungsgeschäft „Pelz Lösche“ in Charlottenburg versammelten sich am 20. Dezember 2014 unangemeldet fünf unbedeckte Personen und zeigten ein Transparent „Lieber nackt als mit Pelz“. Noch vor Eintreffen der Polizei entfernten sich die Personen.

Darüber hinaus war das Thema „Tierquälerei“ Anlass für politisch motivierte Straftaten.

6.2 Ausgewählte Sachverhalte

Besonders schwere Brandstiftung an der der Koptisch-orthodoxen Kirche in Lichtenberg

Am 4. Oktober 2014 wurde durch unbekannte Täterinnen oder Täter eine auf dem Gehweg vor der im Ortsteil Lichtenberg befindlichen Kirche stehende Mülltonne an die als Haupteingang genutzte Tür geschoben und in Brand gesetzt. Ein 27-jähriger Mann, der sich zum Zeitpunkt des Brandes in der Kirche aufhielt, blieb unverletzt. Die Kirchentür wurde durch das Feuer erheblich beschädigt, das Kircheninnere hingegen blieb überwiegend unbeschadet. Zur Aufklärung der Tat wurde die Ermittlungsgruppe „Roedeliusplatz“ beim Polizeilichen Staatsschutz eingerichtet. Die Ermittlungen dauern noch an.

6.3 Prognose

Themen, wie die Flüchtlings- und Asylpolitik des Senats oder Ökologie und Umweltschutz sowie Tierschutz und Jagd werden auch im Jahr 2015 von zentraler Bedeutung sein und zu politisch motivierten Straftaten führen, die keinem Phänomenbereich zugeordnet werden können.

Auch der Weiterbau der A 100 könnte im Jahr 2015 Auswirkungen auf die Fallzahlen haben. Der für die Weiterführung der A 100 notwendige Abriss einiger Wohnhäuser in der Treptower Beermannstraße wurde durch die Mieterinitiative „Besetzen statt räumen“ bereits kritisch aufgegriffen.

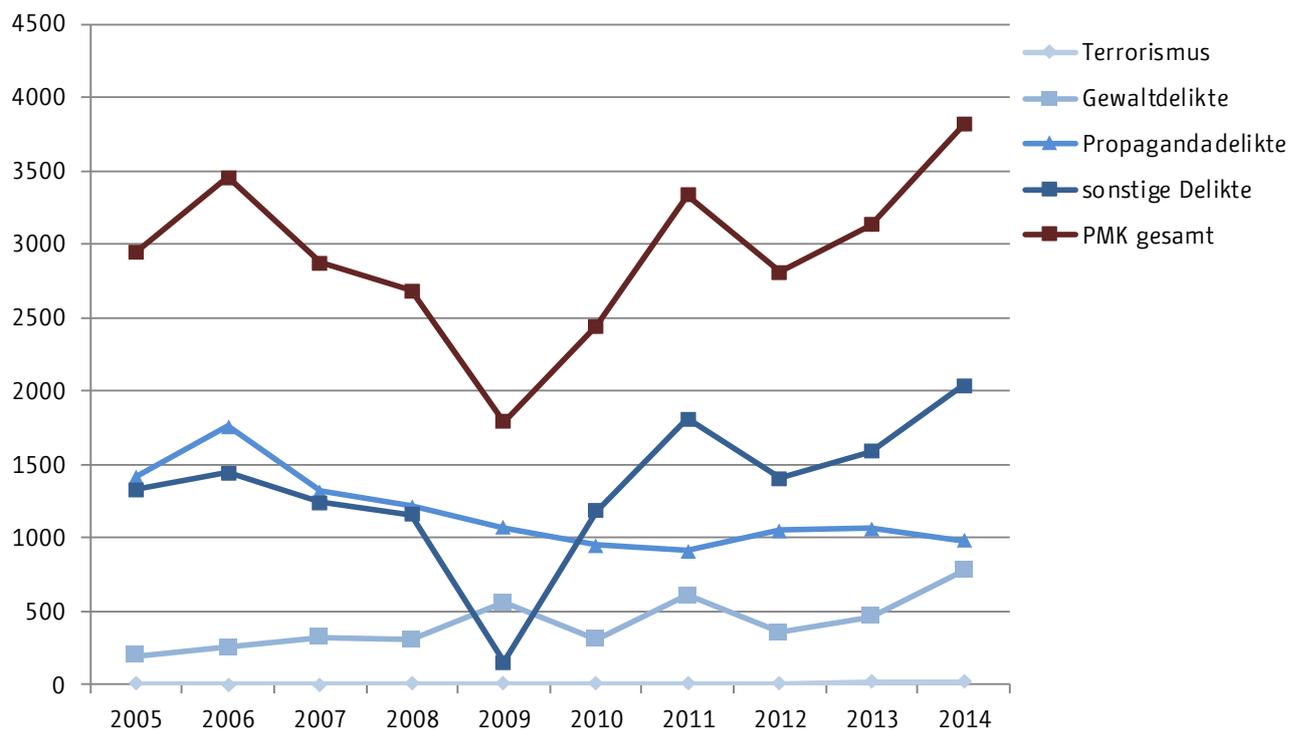
Darüber hinaus können internationale Krisenherde und daraus resultierende Versammlungen und Solidaritätsaktionen zu einem Anstieg des Fallaufkommens führen.

7 Anhang

7.1 Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität

7.1.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Terrorismus	7	2	2	4	8	7	4	5	18	21
Gewaltdelikte	198	255	320	306	559	307	610	351	461	777
Propagandadelikte	1414	1756	1314	1212	1066	948	909	1049	1064	980
sonstige Delikte	1330	1441	1238	1160	154	1181	1812	1404	1590	2036
PMK gesamt	2949	3454	2874	2682	1787	2443	3335	2809	3133	3814



Fallaufkommen PMK gesamt nach Deliktsarten im Langzeitvergleich

7.1.2 Tatverdächtige PMK

	2013	2014
PMK	1667	2112
↪ männlich	1368	1756
↪ weiblich	299	356
↪ Gewaltdelikte	323	539
↪ männlich	276	452
↪ weiblich	47	87

Anzahl der Tatverdächtigen PMK nach Geschlecht im
direkten Jahresvergleich

7.1.3 Opfer von Gewaltdelikten PMK

	2013	2014
männlich	176	155
weiblich	37	36
unbekannt	2	6
Gesamt	215	197

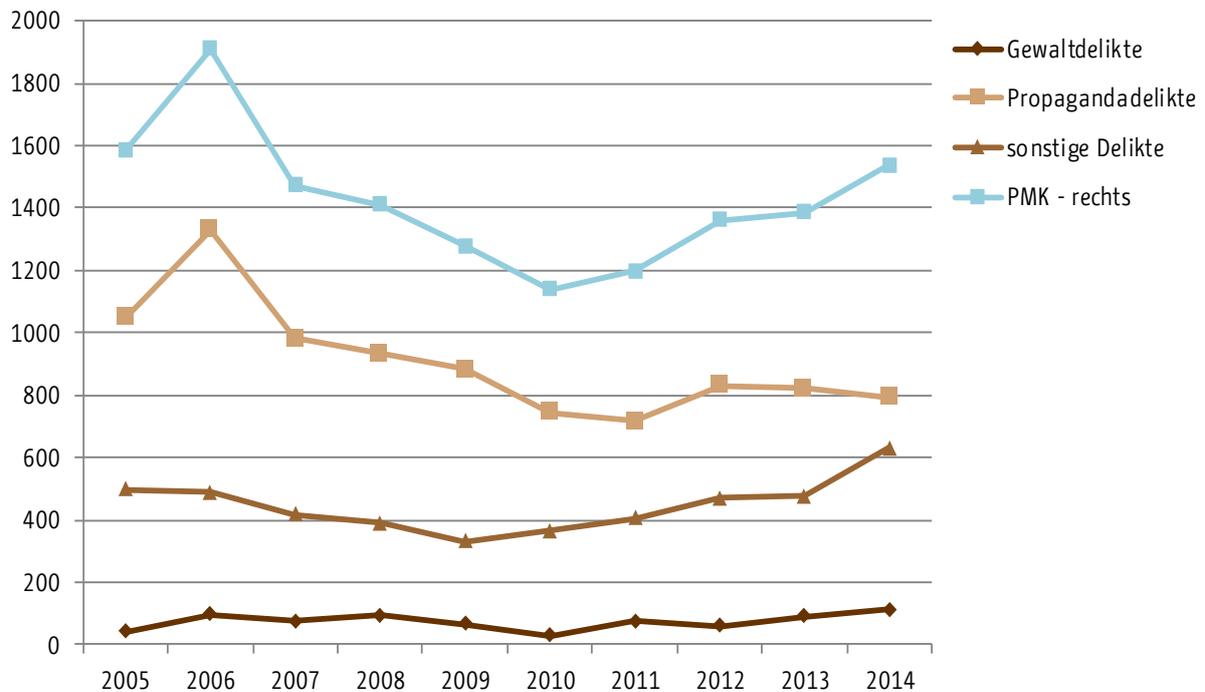
Opfer von Gewaltdelikten der PMK
nach Geschlecht im direkten Jahresvergleich

7.2 Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität - rechts

7.2.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK – rechts

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Gewaltdelikte	42	96	74	92	64	28	74	60	89	111
Propagandadelikte	1046	1329	982	931	884	745	718	831	821	795
sonstige Delikte	496	487	416	389	330	366	406	471	475	630
PMK - rechts	1584	1912	1472	1412	1278	1139	1198	1362	1385	1536

Fallaufkommen PMK - rechts nach Deliktsarten im Langzeitvergleich

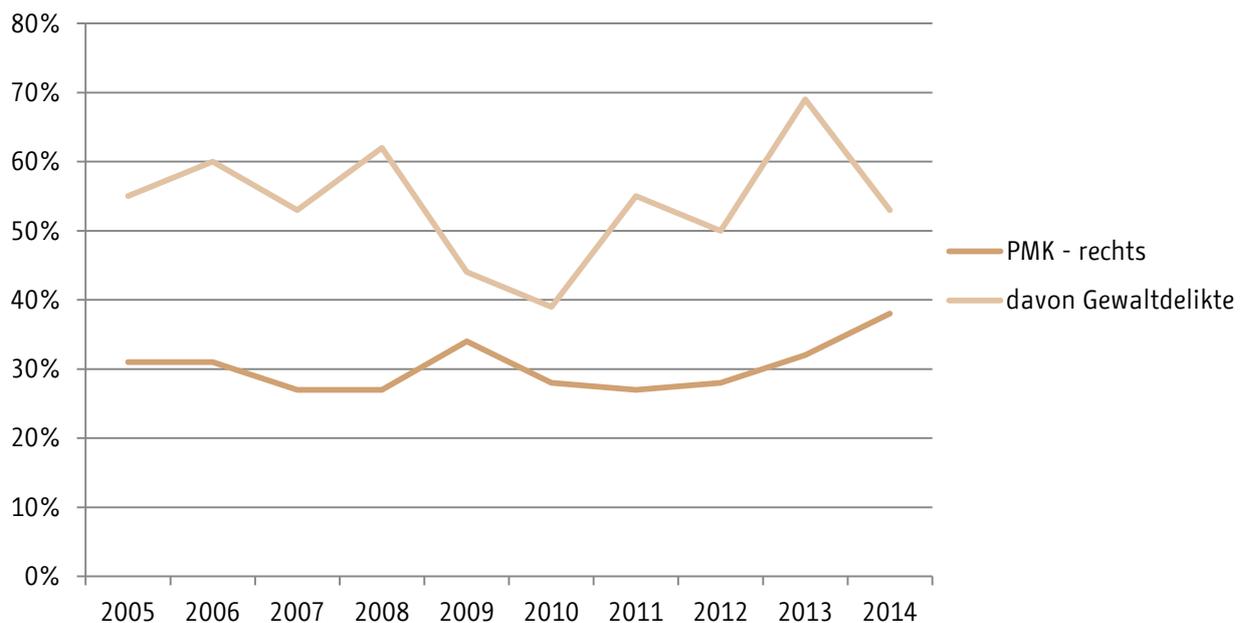


7.2.2 Betrachtung der Aufklärungsquoten

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
PMK - rechts	1584	1912	1472	1412	1278	1139	1198	1362	1385	1536
↳ geklärt	489	597	397	381	430	316	328	376	450	580
Aufklärungsquote	31%	31%	27%	27%	34%	28%	27%	28%	32%	38%
↳ Gewaltdelikte	42	96	74	92	64	28	74	60	89	111
↳ geklärt	23	58	39	57	28	11	41	30	61	59
Aufklärungsquote	55%	60%	53%	62%	44%	39%	55%	50%	69%	53%

Fallaufkommen PMK - rechts mit Aufklärungsquote im Langzeitvergleich

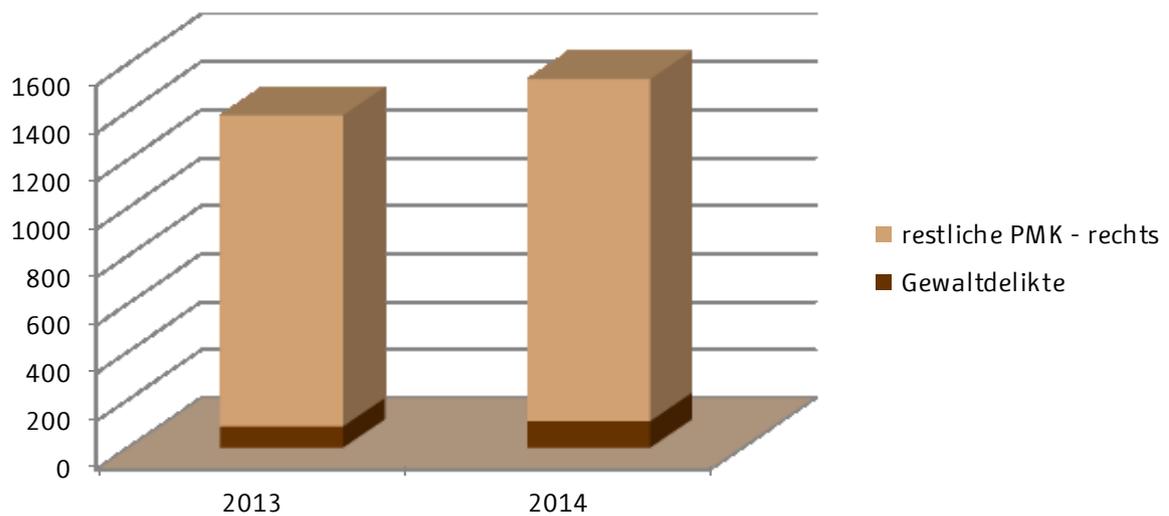
Entwicklung der Aufklärungsquote im Langzeitvergleich



7.2.3 Betrachtung ausgewählter Themenfelder PMK – rechts

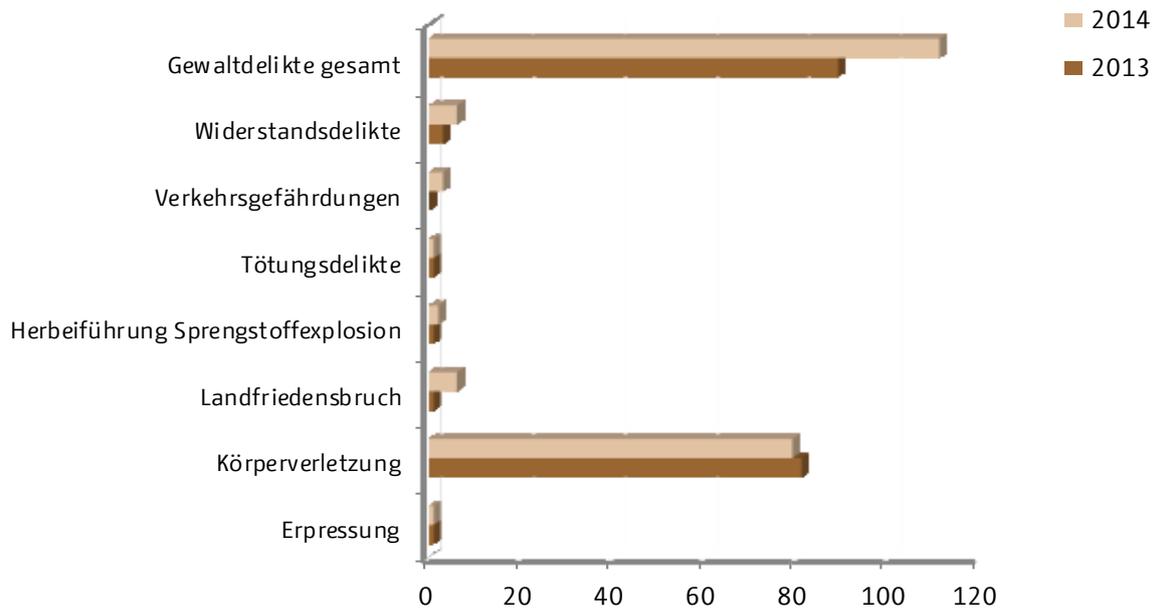
	2013	2014	Trend
PMK - rechts	1385	1536	11%
↪ antisemitisch	176	174	-1%
↪ Ausländer-/Asylthematik	76	209	175%
↪ fremdenfeindlich	400	529	32%
↪ gegen links	84	86	2%
↪ Gewaltdelikte	89	111	25%
↪ antisemitisch	8	3	- / -
↪ Ausländer-/Asylthematik	6	21	250%
↪ fremdenfeindlich	68	73	7%
↪ gegen links	12	21	75%

Fallaufkommen in ausgewählten Themenfeldern und Unterthemen
PMK - rechts im direkten Jahresvergleich



7.2.4 Fallaufkommen PMK – rechts in den Deliktsbereichen der Gewaltdelikte

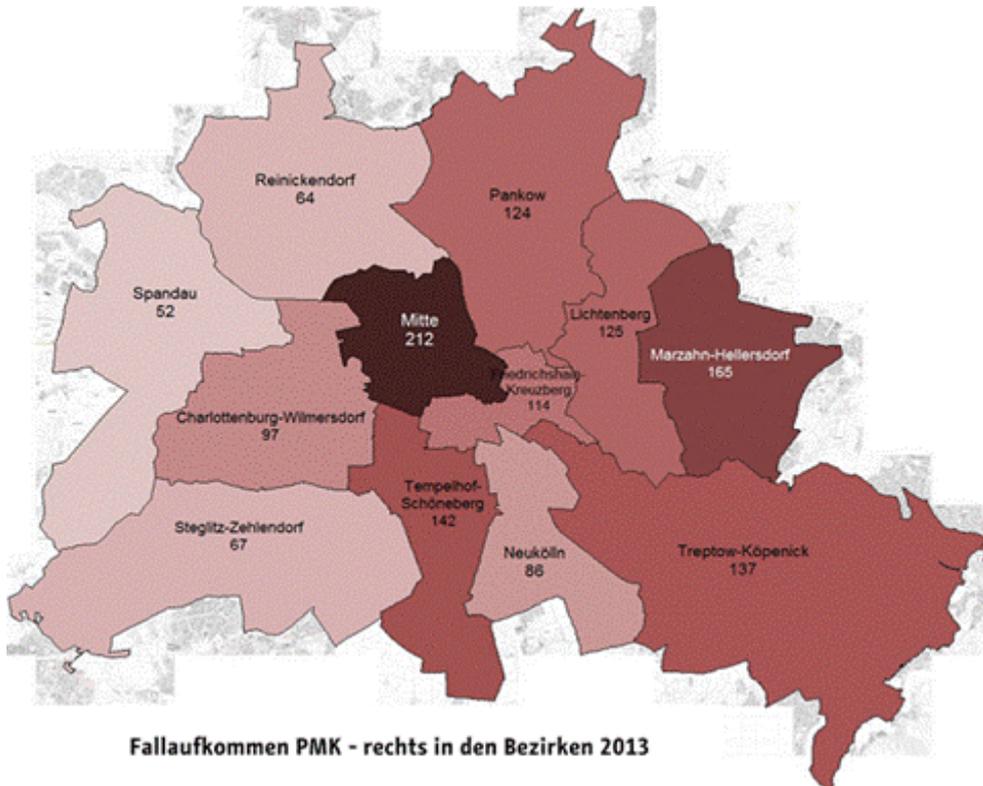
	2013	2014
Brandstiftung	1	13
Erpressung	1	1
Körperverletzung	81	79
Landfriedensbruch	1	6
Herbeiführung Sprengstoffexplosion	1	2
Tötungsdelikte	1	1
Verkehrsgefährdungen	0	3
Widerstandsdelikte	3	6
Gewaltdelikte gesamt	89	111



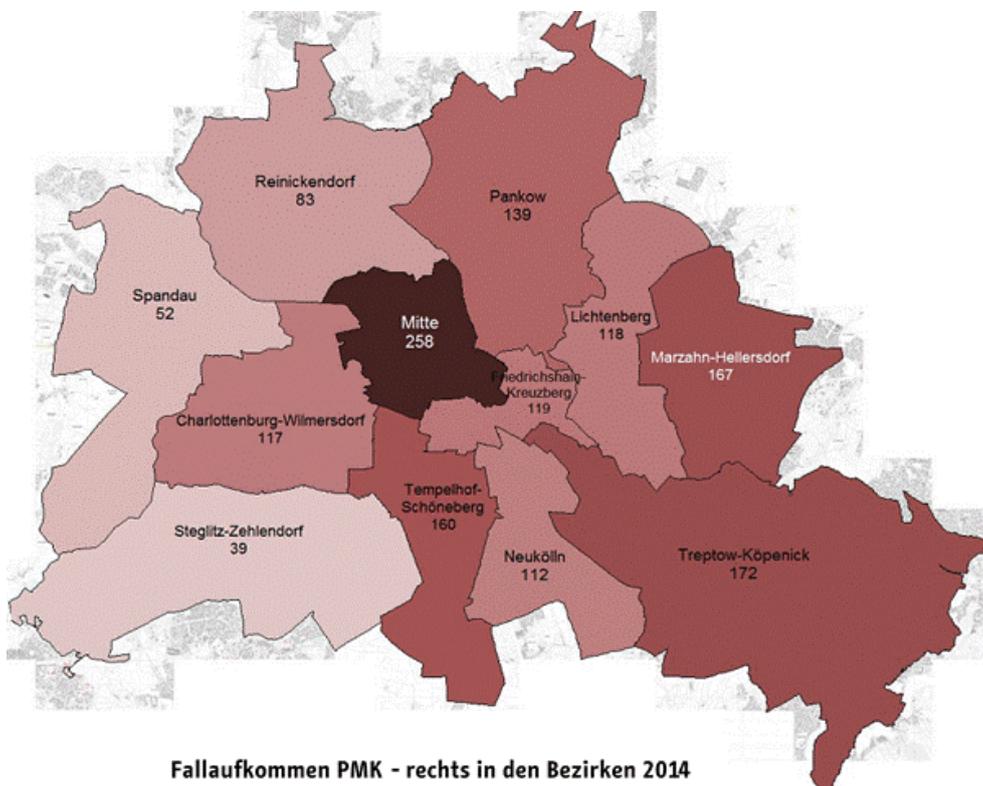
7.2.5 Betrachtung des Fallaufkommens PMK – rechts in den Bezirken

	PMK - rechts		☞ Gewaltdelikte	
	2013	2014	2013	2014
Charlottenburg-Wilmersdorf	97	117	5	6
Friedrichshain-Kreuzberg	114	120	8	6
Lichtenberg	125	118	13	14
Marzahn-Hellersdorf	165	167	21	13
Mitte	212	259	17	23
Neukölln	86	112	3	12
Pankow	124	137	11	7
Reinickendorf	64	83	1	2
Spandau	52	52	2	3
Steglitz-Zehlendorf	67	39	2	2
Tempelhof-Schöneberg	142	160	2	7
Treptow-Köpenick	137	172	4	16
Berlin gesamt	1385	1536	89	111

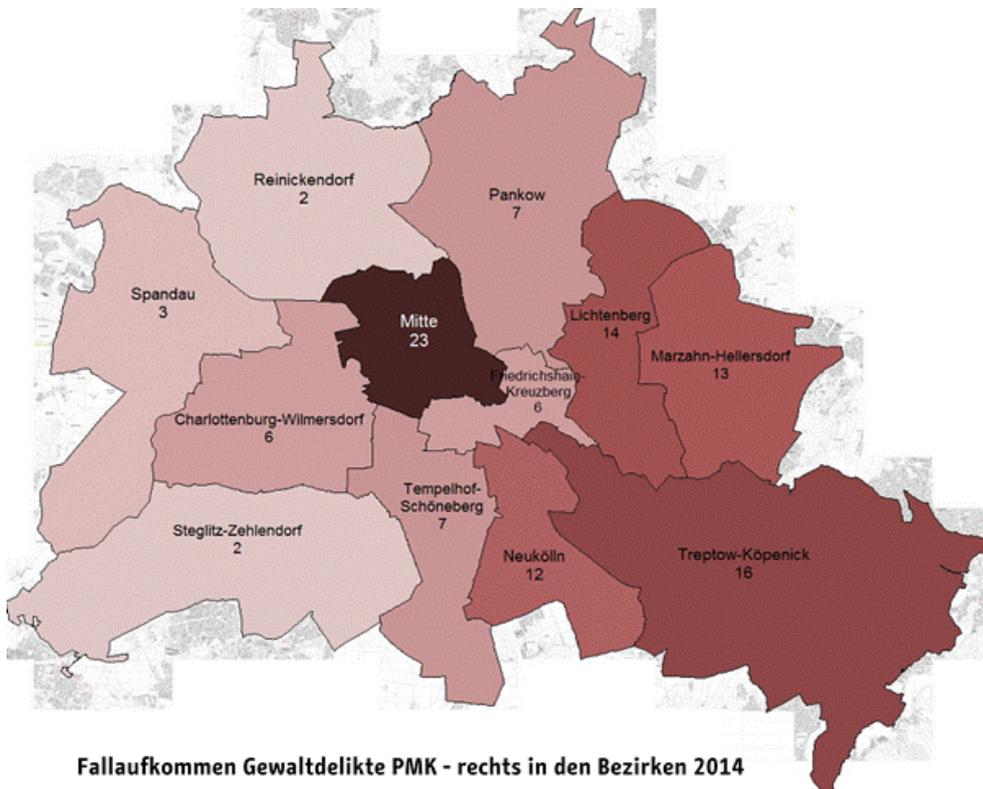
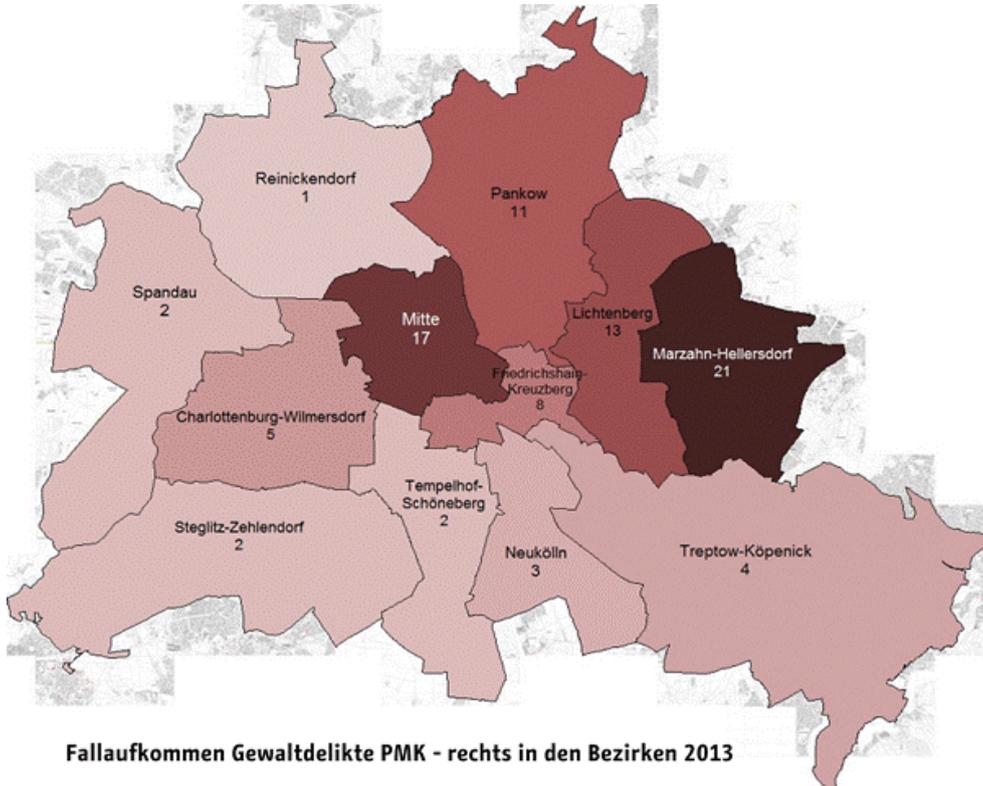
Fallaufkommen PMK - rechts in den Bezirken im direkten Jahresvergleich



Fallaufkommen PMK - rechts in den Bezirken 2013



Fallaufkommen PMK - rechts in den Bezirken 2014



7.2.6 Tatverdächtige PMK – rechts

	2013	2014
PMK - rechts	536	686
↪ männlich	487	623
↪ weiblich	49	63
↪ Gewaltdelikte	75	95
↪ männlich	69	87
↪ weiblich	6	8

Anzahl der Tatverdächtigen PMK - rechts nach Geschlecht
im direkten Jahresvergleich

7.2.7 Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PMK – rechts

	PMK - rechts		↪ Gewaltdelikte	
	2013	2014	2013	2014
Einzeltäter	371	503	48	42
2 Täter	40	34	8	7
3 - 5 Täter	18	15	3	4
6 - 10 Täter	4	5	2	2
über 10 Täter	2	7	0	4
unbekannt	15	16	0	0
Anzahl geklärt	450	580	61	59

Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PMK - rechts bezogen
auf die Anzahl der aufgeklärten Fälle

7.2.7 Opfer von Gewaltdelikten PMK – rechts

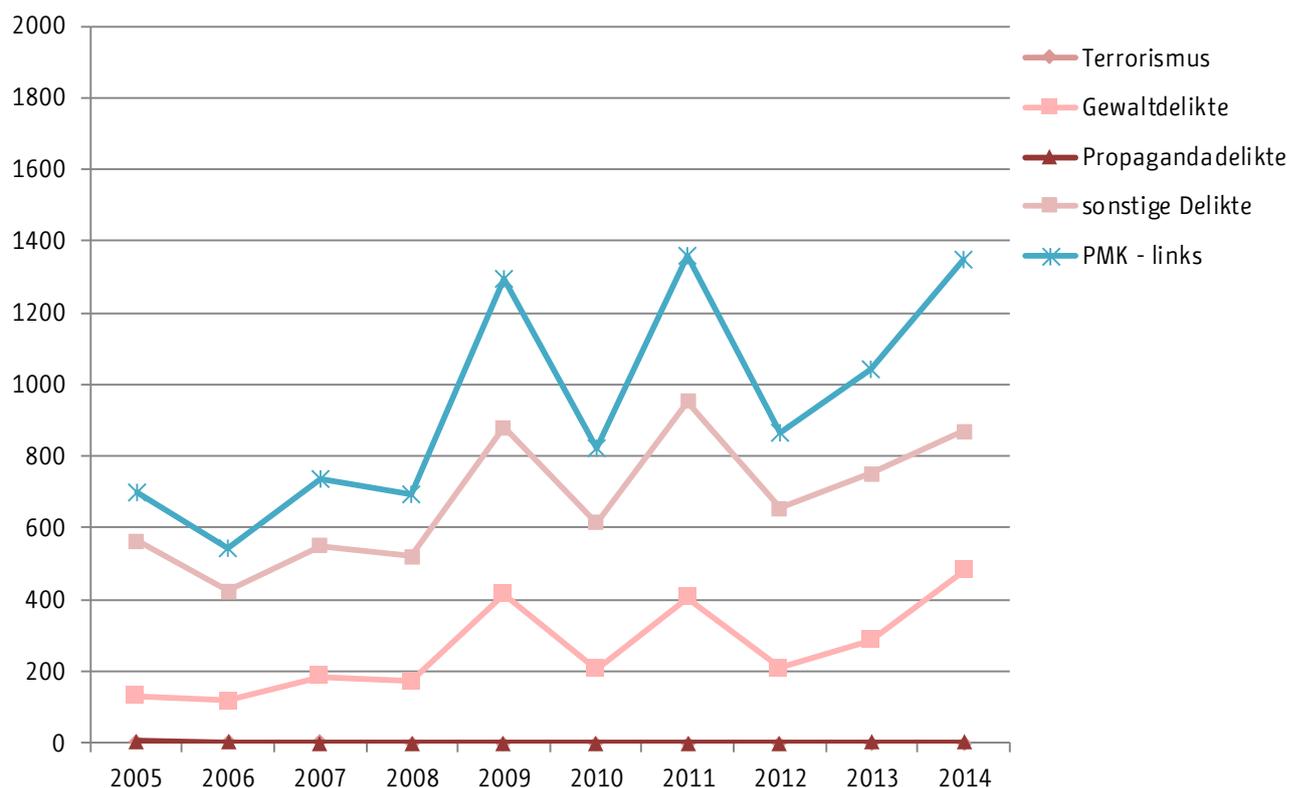
	2013	2014
männlich	83	63
weiblich	25	22
unbekannt	0	1
Gesamt	108	86

Opfer von Gewaltdelikten der PMK - rechts
nach Geschlecht im direkten Jahresvergleich

7.3 Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität – links

7.3.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK – links

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Terrorismus	3	2	1	0	0	0	0	0	0	0
Gewaltdelikte	131	117	186	171	415	207	406	209	288	480
Propagandadelikte	5	1	0	0	0	0	0	0	1	2
sonstige Delikte	562	423	549	521	880	614	953	655	751	868
PMK - links	701	543	736	692	1295	821	1359	864	1040	1350



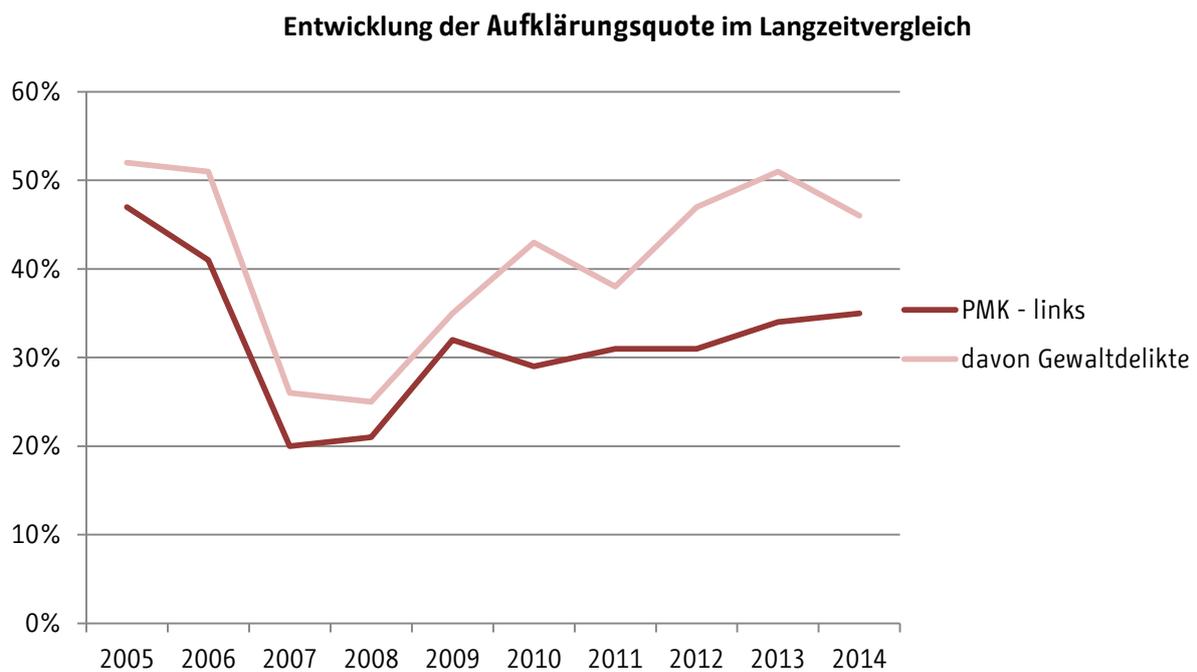
Fallaufkommen PMK - links nach Deliktsarten im Langzeitvergleich

Aufgrund der annähernd bzw. exakt gleichen Zahlenwerte bei den Terrorismus- und Propagandadelikten überlagern sich die Linien.

7.3.2 Betrachtung der Aufklärungsquoten

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
PMK - links	701	543	736	692	1295	821	1359	864	1040	1350
↳ geklärt	332	220	146	148	414	234	421	268	350	469
Aufklärungsquote	47%	41%	20%	21%	32%	29%	31%	31%	34%	35%
↳ Gewaltdelikte	131	117	186	171	415	207	406	209	288	480
↳ geklärt	68	60	48	43	146	88	156	99	150	222
Aufklärungsquote	52%	51%	26%	25%	35%	43%	38%	47%	52%	46%

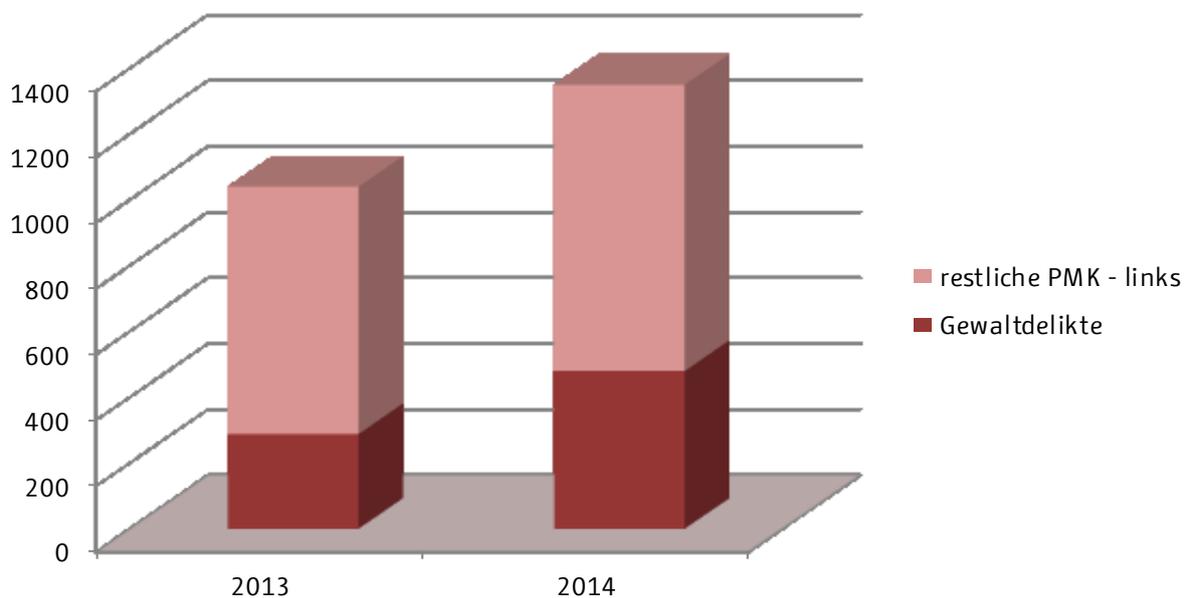
Fallaufkommen PMK - links mit Aufklärungsquote im Langzeitvergleich



7.3.3 Betrachtung ausgewählter Themenfelder PMK – links

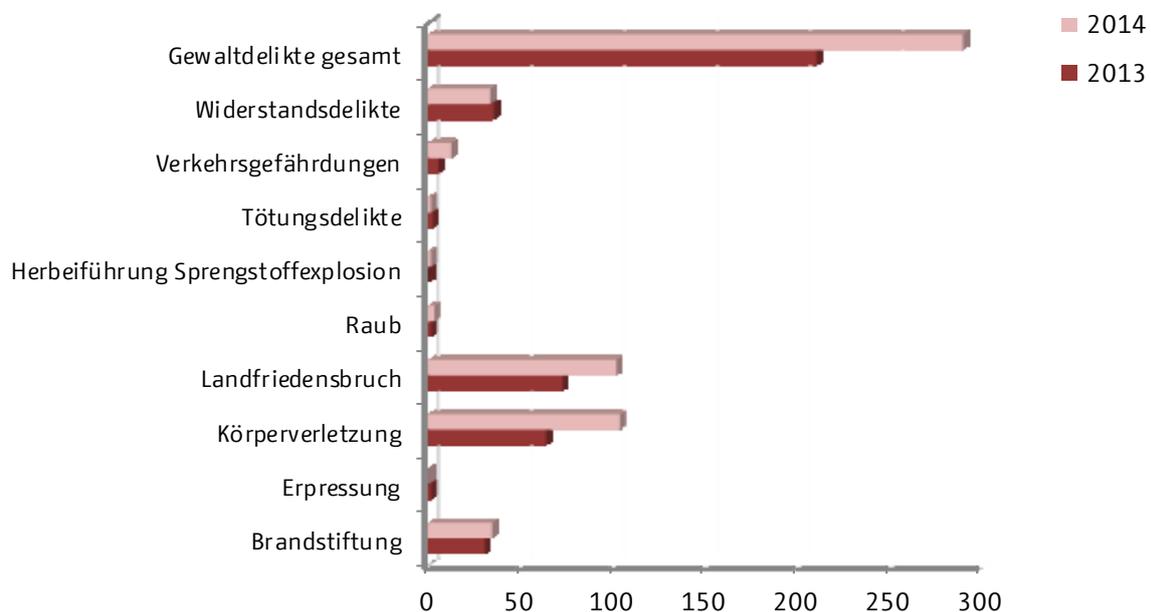
	2013	2014	Trend
PMK - links	1040	1350	30%
↳ Ausländer-/Asylthematik	174	408	134%
↳ gegen rechts	388	360	-7%
↳ Polizei	320	557	74%
↳ Umstrukturierung	240	208	-13%
↳ Gewaltdelikte	288	480	67%
↳ Ausländer-/Asylthematik	88	192	118%
↳ gegen rechts	117	121	3%
↳ Polizei	185	360	95%
↳ Umstrukturierung	55	42	-24%

**Fallaufkommen in ausgewählten Themenfeldern und Unterthemen
PMK - links im direkten Jahresvergleich**



7.3.4 Fallaufkommen PMK – links in den Deliktsbereichen der Gewaltdelikte

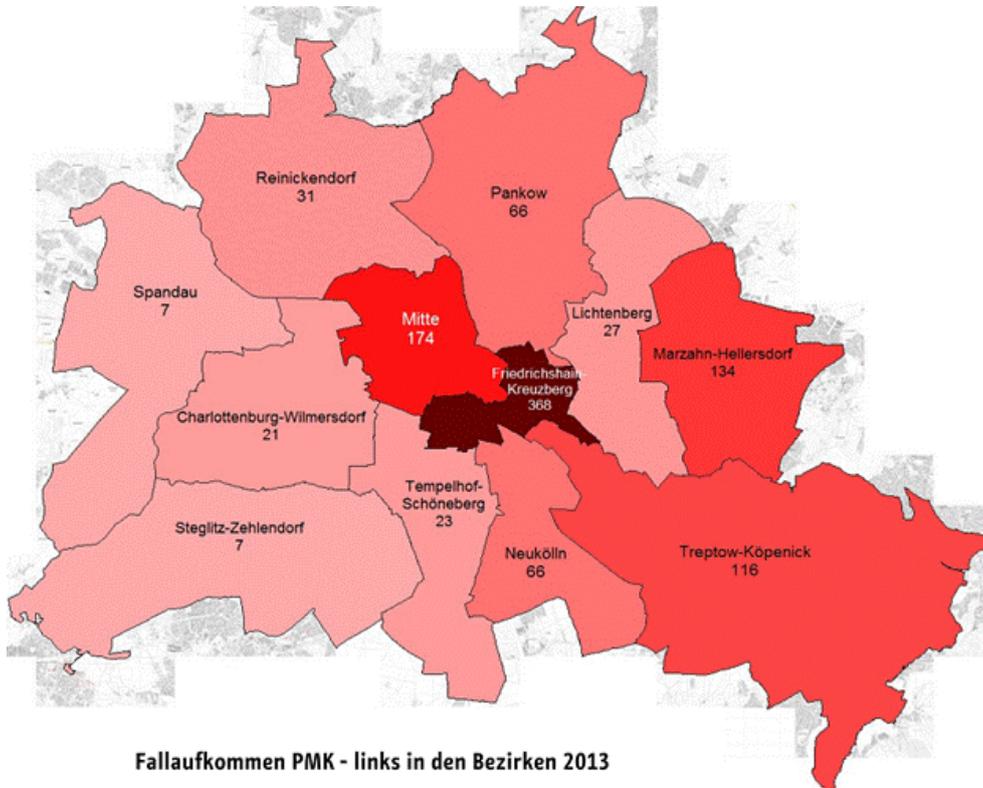
	2013	2014
Brandstiftung	30	34
Erpressung	1	0
Körperverletzung	63	103
Landfriedensbruch	72	101
Raub	1	3
Herbeiführung Sprengstoffexplosion	0	1
Tötungsdelikte	2	1
Verkehrsgefährdungen	5	12
Widerstandsdelikte	35	33
Gewaltdelikte gesamt	209	288



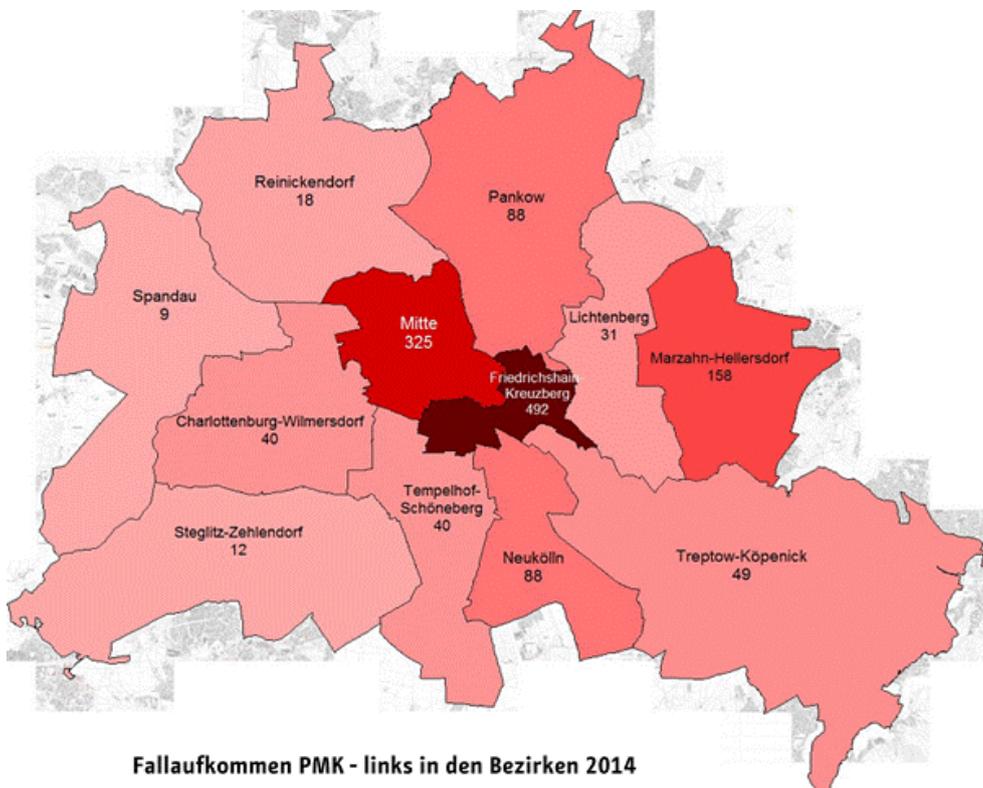
7.3.5 Betrachtung des Fallaufkommens PMK – links in den Bezirken

	PMK - links		↪ Gewaltdelikte	
	2013	2014	2013	2014
Charlottenburg-Wilmersdorf	21	40	2	9
Friedrichshain-Kreuzberg	368	492	117	215
Lichtenberg	27	31	9	7
Marzahn-Hellersdorf	134	158	67	77
Mitte	174	325	25	107
Neukölln	66	88	7	22
Pankow	66	88	11	17
Reinickendorf	31	18	10	7
Spandau	7	9	1	0
Steglitz-Zehlendorf	7	12	1	1
Tempelhof-Schöneberg	23	40	2	3
Treptow-Köpenick	116	49	36	15
Berlin gesamt	1040	1350	288	480

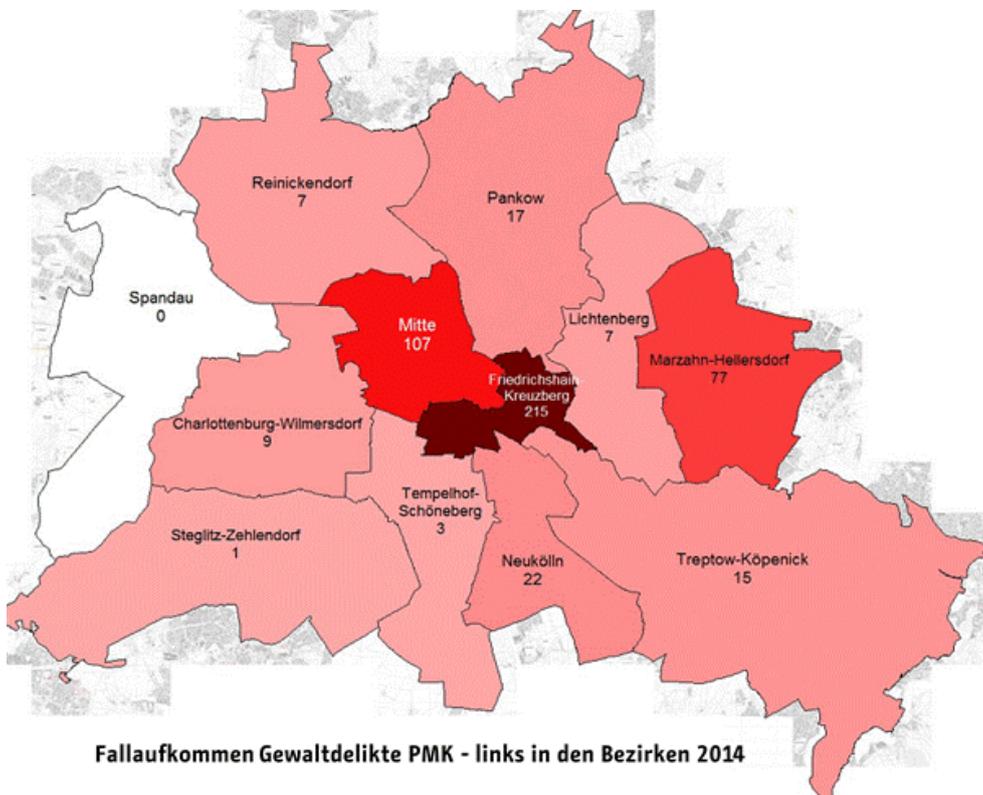
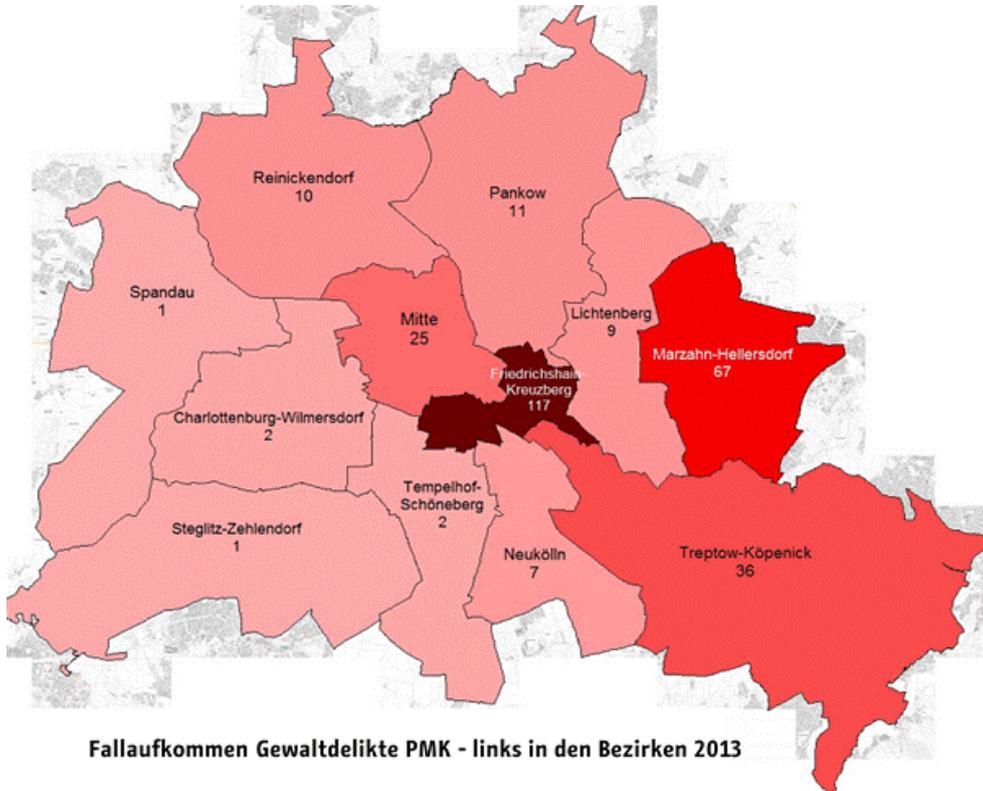
Fallaufkommen PMK - links in den Bezirken nach Deliktsart im direkten Jahresvergleich



Fallaufkommen PMK - links in den Bezirken 2013



Fallaufkommen PMK - links in den Bezirken 2014



7.3.6 Tatverdächtige PMK – links

	2013	2014
PMK - links	592	668
↪ männlich	448	531
↪ weiblich	144	137
↪ Gewaltdelikte	205	260
↪ männlich	169	218
↪ weiblich	36	42

Anzahl der Tatverdächtigen PMK - links nach Geschlecht
im direkten Jahresvergleich

7.3.7 Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PMK – links

	PMK - links		↪ Gewaltdelikte	
	2013	2014	2013	2014
Einzeltäter	256	367	103	160
2 Täter	17	20	2	5
3 - 5 Täter	24	11	5	4
6 - 10 Täter	4	10	1	2
über 10 Täter	44	56	36	50
unbekannt	5	5	3	1
Anzahl geklärt	350	469	150	222

Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PMK - links bezogen
auf die Anzahl der aufgeklärten Fälle

7.3.8 Opfer von Gewaltdelikten PMK – links

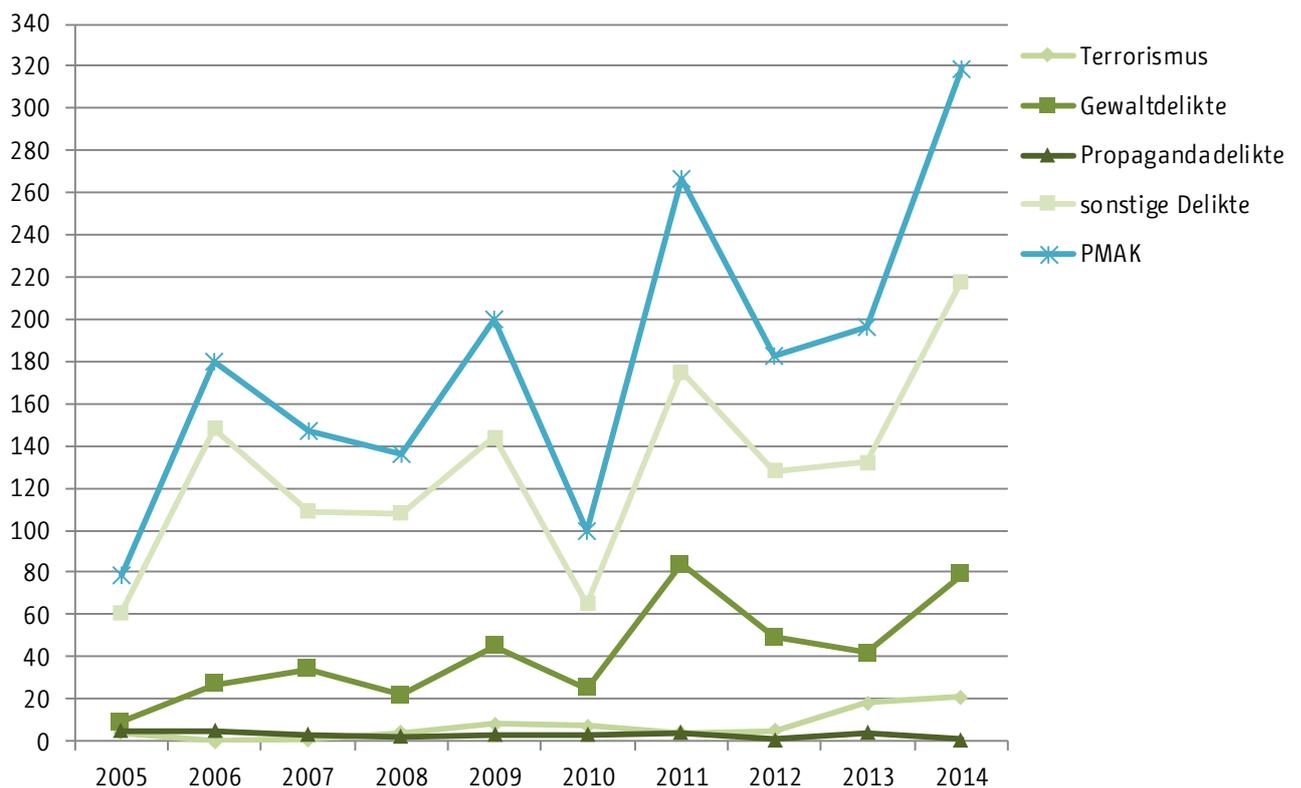
	2013	2014
männlich	31	41
weiblich	3	5
unbekannt	2	4
Gesamt	36	50

Opfer von Gewaltdelikten der PMK - links
nach Geschlecht im direkten Jahresvergleich

7.4 Fallzahlen Politisch motivierte Ausländerkriminalität

7.4.1 Entwicklung der Fallzahlen PM-Ausländerkriminalität

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Terrorismus	4	0	1	4	8	7	4	5	18	21
Gewaltdelikte	9	27	34	22	45	25	84	49	42	79
Propagandadelikte	5	5	3	2	3	3	4	1	4	1
sonstige Delikte	61	148	109	108	144	65	175	128	132	218
PMAK	79	180	147	136	200	100	267	183	196	319



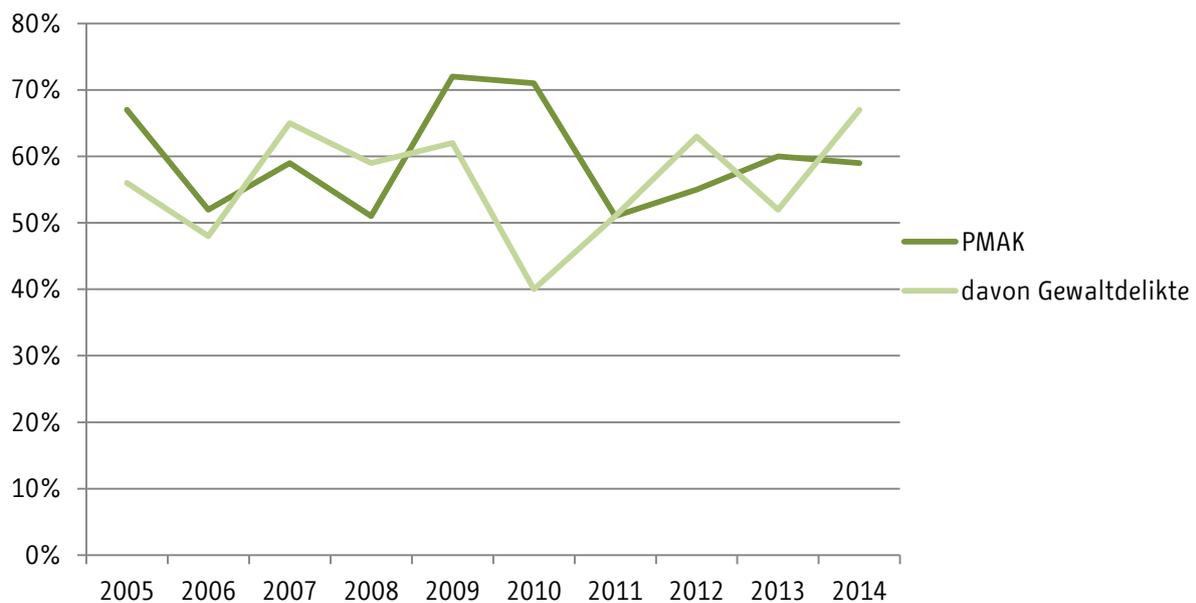
Fallaufkommen PMAK nach Deliktsarten im Langzeitvergleich

7.4.2 Betrachtung der Aufklärungsquoten

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
PMAK	79	180	147	136	200	100	267	183	196	319
↳ geklärt	53	93	86	69	144	71	135	100	118	187
Aufklärungsquote	67%	52%	59%	51%	72%	71%	51%	55%	60%	59%
↳ Gewaltdelikte	9	27	34	22	45	25	84	49	42	79
↳ geklärt	5	13	22	13	28	10	43	31	22	53
Aufklärungsquote	56%	48%	65%	59%	62%	40%	51%	63%	52%	67%

Fallaufkommen PMAK mit Aufklärungsquote im Langzeitvergleich

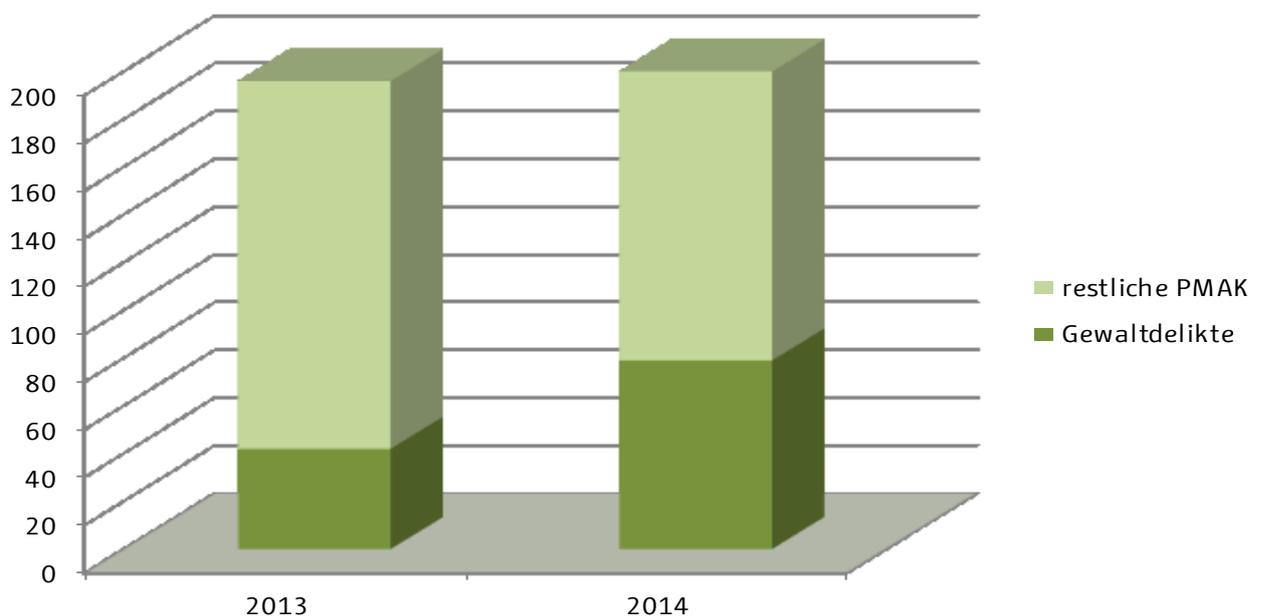
Entwicklung der Aufklärungsquote im Langzeitvergleich



7.4.3 Betrachtung ausgewählter Themenfelder PM-Ausländerkriminalität

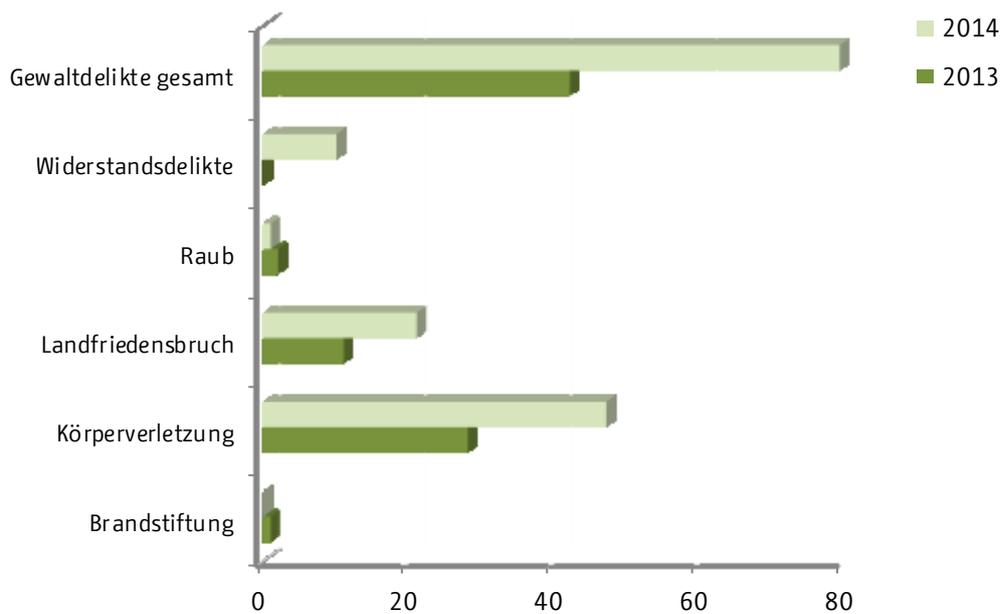
	2013	2014	Trend
PMAK	196	319	63%
↳ antisemitisch	13	15	15%
↳ Ausländer-/Asylthematik	10	33	230%
↳ Islamismus/Fundamentalismus	35	59	69%
↳ Israel-Palästinenser-Konflikt	14	94	571%
↳ PKK/Kurdenproblematik	50	73	46%
↳ Gewaltdelikte	42	79	88%
↳ antisemitisch	1	1	- / -
↳ Ausländer-/Asylthematik	1	24	2300%
↳ Islamismus/Fundamentalismus	2	4	- / -
Ä Israel-Palästinenser-Konflikt	0	21	- / -
↳ PKK/Kurdenproblematik	6	14	133%

Fallaufkommen in ausgewählten Themenfeldern und Unterthemen
PM-Ausländerkriminalität im direkten Jahresvergleich



7.4.4 Fallaufkommen PM-Ausländerkriminalität in den Deliktsbereichen der Gewaltdelikte

	2013	2014
Brandstiftung	1	0
Körperverletzung	28	47
Landfriedensbruch	11	21
Raub	2	1
Widerstandsdelikte	0	10
Gewaltdelikte gesamt	42	79

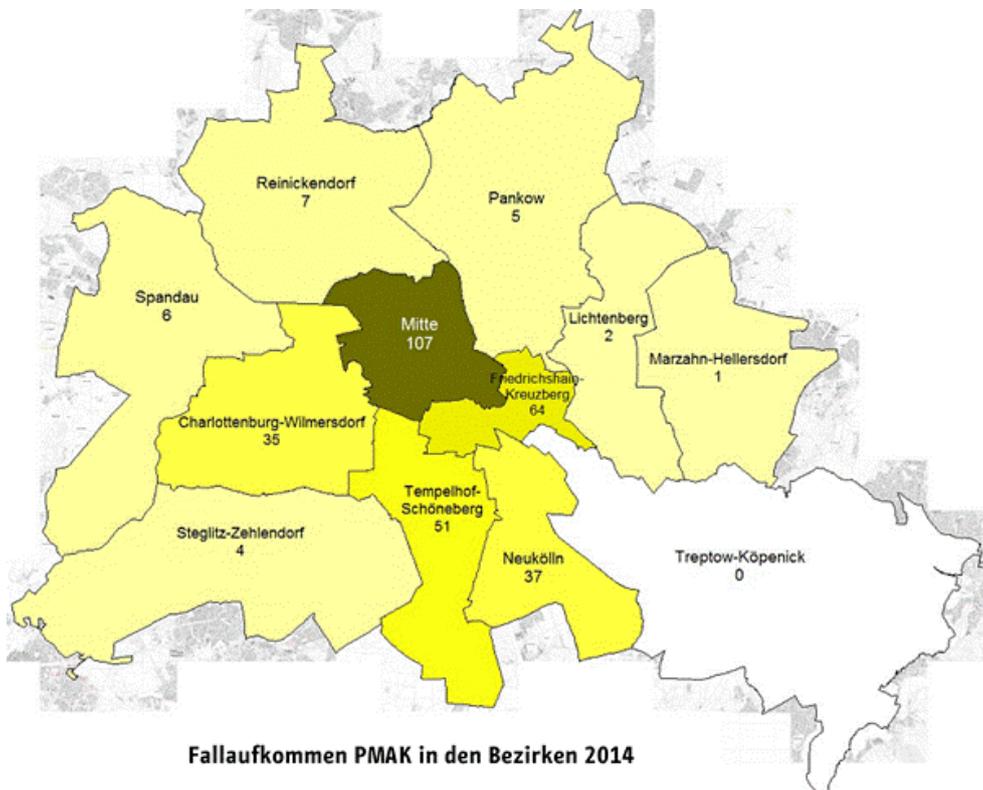
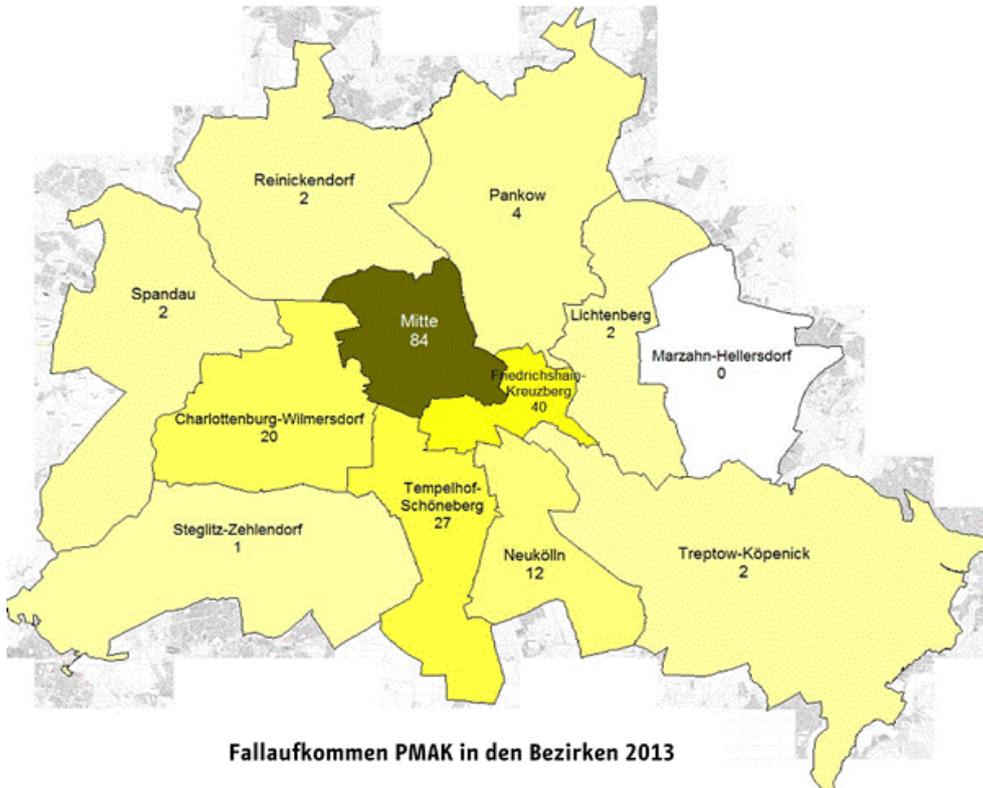


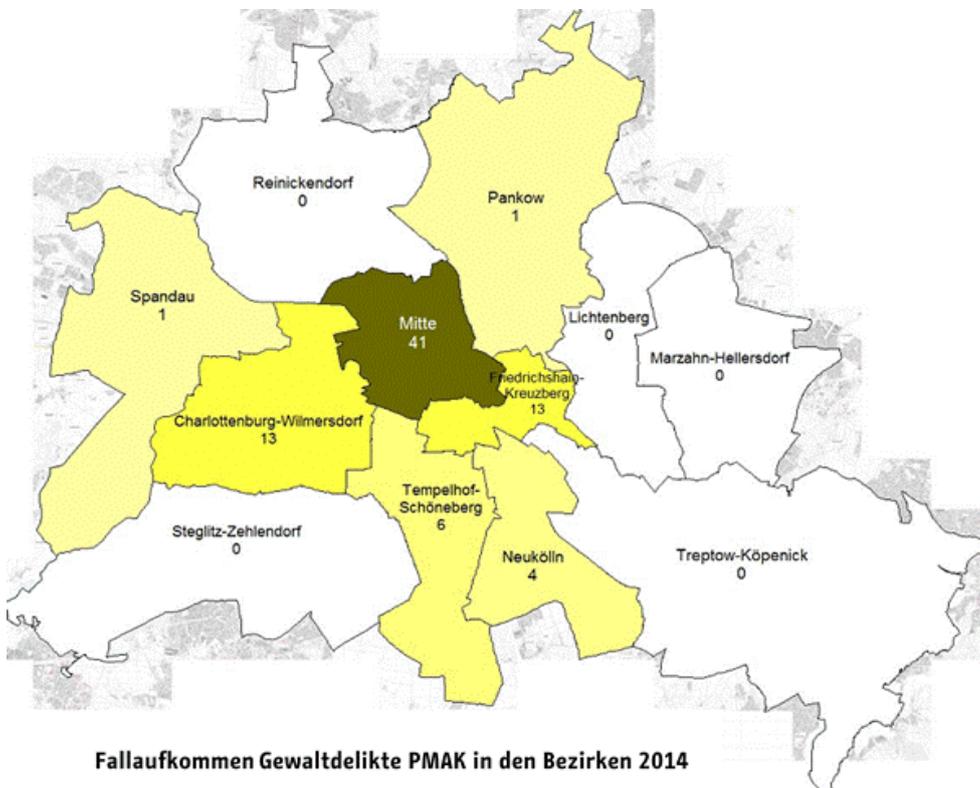
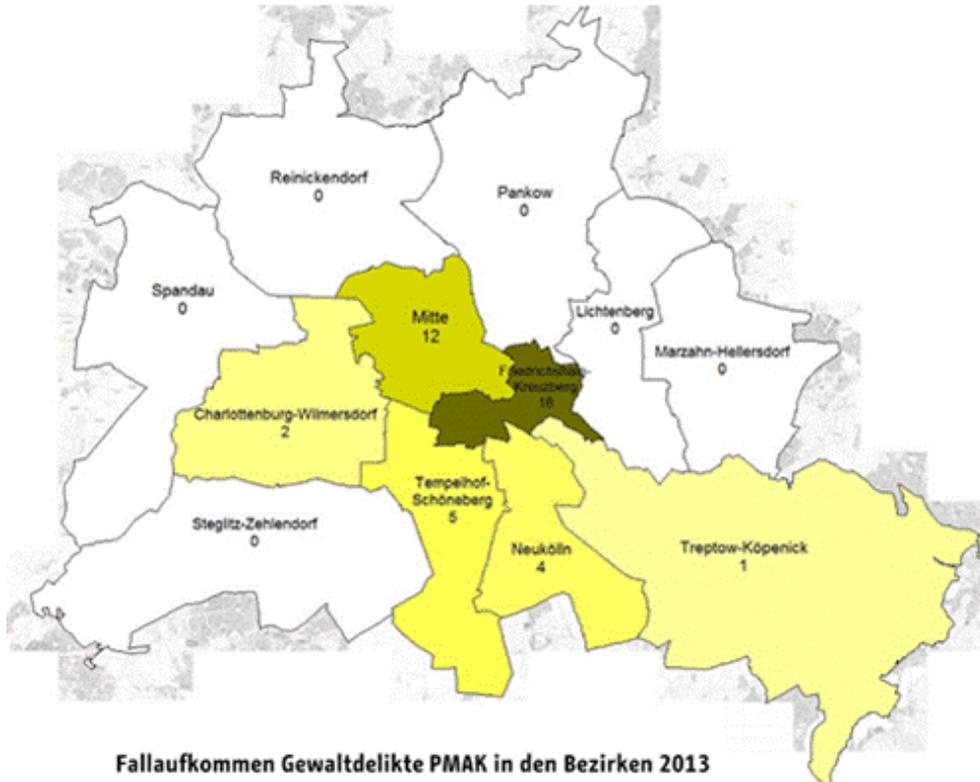
Fallaufkommen PMAK in den Deliktsbereichen der Gewaltkriminalität im direkten Jahresvergleich

7.4.5 Betrachtung des Fallaufkommens PM-Ausländerkriminalität in den Bezirken

	PMAK		↪ Gewaltdelikte	
	2013	2014	2013	2014
Charlottenburg-Wilmersdorf	20	35	2	13
Friedrichshain-Kreuzberg	40	64	18	13
Lichtenberg	2	2	0	0
Marzahn-Hellersdorf	0	1	0	0
Mitte	84	107	12	41
Neukölln	12	37	4	4
Pankow	4	5	0	1
Reinickendorf	2	7	0	0
Spandau	2	6	0	1
Steglitz-Zehlendorf	1	4	0	0
Tempelhof-Schöneberg	27	51	5	6
Treptow-Köpenick	2	0	1	0
Berlin gesamt	196	319	42	79

Fallaufkommen PMAK in den Bezirken im direkten Jahresvergleich





7.4.6 Tatverdächtige der PM-Ausländerkriminalität

	2013	2014
PMAK	124	217
↪ männlich	99	182
↪ weiblich	25	35
↪ Gewaltdelikte	23	59
↪ männlich	21	51
↪ weiblich	2	8

Anzahl der Tatverdächtigen PM-Ausländerkriminalität im direkten Jahresvergleich

7.4.7 Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PM-Ausländerkriminalität

	PMAK		↪ Gewaltdelikte	
	2013	2014	2013	2014
Einzel Täter	108	160	18	43
2 Täter	5	8	0	4
3 - 5 Täter	2	10	2	3
6 - 10 Täter	0	1	0	0
über 10 Täter	3	8	2	3
unbekannt	0	0	0	0
Anzahl geklärt	118	187	22	53

Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PM-Ausländerkriminalität bezogen auf die Anzahl der aufgeklärten Fälle

7.4.8 Opfer von Gewaltdelikten PM-Ausländerkriminalität

	2013	2014
männlich	28	28
weiblich	7	2
unbekannt	0	1
Gesamt	35	31

Opfer von Gewaltdelikten der PM-Ausländerkriminalität nach Geschlecht im direkten Jahresvergleich

7.5 Fallzahlen Sonstige/Nicht zuzuordnen

7.5.1 Entwicklung der Fallzahlen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
PMK Sonstige	585	819	519	442	404	383	511	400	512	609
↳ geklärt	340	460	274	276	220	235	260	269	337	375
Aufklärungsquote	58%	56%	53%	62%	54%	61%	51%	67%	66%	62%
↳ Gewaltdelikte	16	15	26	21	35	47	46	33	42	107
↳ geklärt	9	13	10	9	12	16	15	17	18	79
Aufklärungsquote	56%	87%	38%	43%	34%	34%	33%	52%	43%	74%
ST ohne PM*	354	427	343	286	183	198	196	221	236	185
↳ geklärt	262	345	219	220	158	169	169	202	214	171
Aufklärungsquote	74%	81%	64%	77%	86%	85%	86%	91%	91%	92%
Bereich Sonstige/Nicht zuzuordnen										
Gesamt	939	1246	862	728	587	581	707	621	748	794
↳ geklärt	602	805	493	496	378	404	429	471	551	546
Aufklärungsquote	64%	65%	57%	68%	64%	70%	61%	76%	74%	69%

Fallaufkommen Sonstige/Nicht zuzuordnen im Fünfjahresvergleich

* Staatsschutzkriminalität ohne explizite politische Motivation